

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 28. November 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

## Inhalts-Verzeichnis.

An die Parteigenossinnen Preußens. — Das gleiche Recht der — Rechtslosigkeit. Von Gustav Hoch. — Zur Lage der weiblichen Angestellten im Gastwirtsgerber. Von Hugo Pösch. — Segen Heimarbeiter. Von D. — Das Familienleben des Arbeiters. Von Margareta Pratsch. — Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Von Klara Jettin. (Fortsetzung.)  
 Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Der Provinzialparteitag für das westliche Westfalen. — Jahresbericht der Kreisvertrauensperson des sechsten sächsischen Wahlkreises Dresden-Land. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.  
 Notizen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht.  
 Feuilleton: Jener Tag. Von Ida Regri. (Gebicht.) — Der Kohlenwagen. Von Ludwig Thoma. — Ein gutes Gewissen. Von Alexander L. Kiehl. (Schluß.)

## An die Parteigenossinnen Preußens!

Wie bereits durch die Parteipresse mitgeteilt worden ist, beruft die Parteigenossenschaft von Groß-Berlin entsprechend dem ihr gewordenen Auftrag einen zweiten preussischen Parteitag nach Berlin für den 27., 28. und 29. Dezember ein. Der Parteitag beginnt am 27. morgens 9 Uhr in den Räumen des Gewerkschaftshauses, Engelshof 15.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Die Organisation für Preußen.
2. Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtags und das Wahlrecht in Preußen.
3. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen.
4. Die Landtagswahlen 1908.

Parteigenossinnen! Die sozialistischen Frauen Preußens dürfen nicht fehlen, wenn es gilt, zu Gericht zu sitzen über das Unrecht und die Kulturwidrigkeit des preussischen Klassenstaates, die sie als Ausgebeutete und als politisch Rechtlose besonders stark empfinden; wenn es gilt, diesem Staat die Forderungen des kämpfenden Proletariats entgegenzustellen. Sie müssen an der Beratung der nötig gewordenen Landesorganisation teilnehmen, an deren Gestaltung sie ein hervorragendes Interesse haben.

Genossinnen, nehmt daher alsbald Stellung zur Wahl von weiblichen Delegierten zum preussischen Parteitag. Wo es möglich ist, sucht euch mit den Genossen über die Wahl zu verständigen. Wo aber ein gemeinsames Vorgehen ausgeschlossen ist, haben die Genossinnen das statutenmäßig zugesicherte Recht zu nutzen, in öffentlichen Frauenversammlungen Delegierte zu wählen.

Alle Anfragen bezüglich des preussischen Parteitags sowie die Anmeldung der Delegierten sind zu richten an Leopold Diepmann, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Die erfolgten Wahlen von Genossinnen sind ferner auch der Unterzeichneten zu melden.

Genossinnen, frisch ans Werk!

Berlin, den 20. November 1906.

Mit Parteigrüß

Otilie Baader,

Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands

Berlin SW, Lindenstr. 3, linker Hof, parterre.

## Das gleiche Recht der — Rechtslosigkeit.

Den Arbeiterinnen ist großes Heil widerfahren: endlich ist von den Regierungen der erste Schritt dazu getan, den Arbeiterinnen das gleiche Koalitionsrecht zuzugestehen wie den männlichen Arbeitern. Dem Reichstag ist nämlich bei der Wiederaufnahme seiner Verhandlungen von den Regierungen der Entwurf eines Gesetzes betreffend gewerbliche Berufsvereine zugegangen. Durch ihn sollen die Rechtsverhältnisse der Gewerkschaften von neuem geregelt werden. In der Begründung des Entwurfes wird unter anderem ausgeführt:

„Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Neuzeit hat mehr und mehr dazu geführt, daß Frauen selbständig erwerbstätig auftreten. Namentlich auf dem gewerblichen Gebiet verzeichnen sich zahlreiche weibliche

Arbeitskräfte ihren Unterhalt selbst oder tragen doch zum Unterhalt ihrer Familien wesentlich bei. Es ist deshalb zeitgemäß und billig, wenn diesen Frauen in der gleichen Weise wie den in der Hauptsache unter gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen tätigen männlichen Personen die Möglichkeit gewährt wird, ihre beruflichen Interessen und Wünsche zur Geltung zu bringen und sich zu diesem Zwecke mit ihren Berufsgenossen und -genossinnen zu vereinigen.“

Demgemäß sind in dem Entwurfe die Arbeiterinnen durchweg den männlichen Arbeitern gleichgestellt.

Die Freude über diesen Fortschritt wird jedoch sehr herabgestimmt, sobald wir uns mit dem weiteren Inhalt des Entwurfes bekannt machen. Der Entwurf soll den Gewerkschaften die Rechtsfähigkeit erteilen, das heißt die Fähigkeit, auf ihren Namen Vermögensrechte zu erlangen. Damit wird endlich ein Zustand beseitigt, der seit jeher selbst der bürgerlichen Rechtsauffassung widerspricht, seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs aber geradezu ein Übel geworden ist. Das Bürgerliche Gesetzbuch weist den sogenannten „idealen“ Vereinen, solchen Vereinen, deren Zweck „nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist“, den Weg zur Erlangung der Rechtsfähigkeit. Die Gewerkschaften gehören ebenfalls zu den „idealen“ Vereinen; sie sind sogar die wichtigste, für die kulturelle Entwicklung der Gesamtheit am segensreichsten wirkende Art derselben. Aber gerade sie sind von der Möglichkeit, die Rechtsfähigkeit zu erlangen, ausgeschlossen. Denn das Bürgerliche Gesetzbuch gibt der Verwaltungsbehörde das Recht, Einspruch gegen die Erteilung der Rechtsfähigkeit zu erheben, wenn der Verein „einen politischen, sozialpolitischen . . . Zweck verfolgt“. Dies ist der Grund, weshalb nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Gewerkschaften, wenn sie nicht auf die Verfolgung politischer und sozialpolitischer Aufgaben verzichten wollten, die Rechtsfähigkeit nicht erlangen können.

Inzwischen konnten selbst die Regierungen, wie sie in der Begründung des Entwurfes uns erzählen, nicht mehr „verleugern“, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen gerade diese Vereine (die Gewerkschaften), wenn anders sie den beruflichen Interessen ihrer Mitglieder eine tatkräftige und erfolgversprechende Unterstützung und Förderung angeeignet lassen wollen, es nur sehr schwer vermeiden können, wenigstens ab und zu bei ihrer Tätigkeit das sozialpolitische Gebiet zu berühren“. Hiernach müßten wir erwarten, daß der Entwurf die als unhaltbar erwiesene Ausnahmebestimmung fallen läßt und allen „idealen“ Vereinen die Möglichkeit zur Erlangung der Rechtsfähigkeit gewährt. Weit gefehlt. Die Regierungen halten vielmehr gerade diese Bestimmung als unhaltbar aufgeben müssen, für passend, ein neues Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften durchzubringen. Sie wollen jetzt auf einem Umweg das Erreichen, was sie seinerzeit mit der Zuchthausvorlage erstrebten, und was ihnen damals die bekannte klägliche Niederlage einbrachte.

Die Ausnahmebestimmungen des Entwurfes beziehen sich zunächst nur auf die rechtsfähigen Gewerkschaften. Ihnen ist es unter anderem verboten: 1. Einen Zweck zu verfolgen oder Mittel des Vereins für einen Zweck zu verwenden, welcher der Satzung fremd ist und, falls er in der Satzung enthalten wäre, die Verwaltungsbehörde zum Einspruch gegen die Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaft berechtigt haben würde. 2. Eine Aussperrung oder einen Arbeiterausstand herbeizuführen oder zu fördern, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebs geeignet sind, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaats zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen. Handelt eine rechtsfähige Gewerkschaft gegen diese Verbote, so kann ihr nicht nur die Rechtsfähigkeit entzogen werden, sondern die Behörde ist auch befugt, durch einstweilige Anordnung diejenigen Maßnahmen gegenüber dem Verein zu treffen, die zur Abwendung der Gefährdung im öffentlichen Interesse geboten erscheinen. Gegen die einstweilige Anordnung ist nur eine Beschwerde zulässig, die aber keine aufschiebende Wirkung hat. Hiernach kann die Behörde sich stets in einen „gefährlichen“ Streik einmischen, kann den rechtsfähigen Gewerkschaften die Unterstützung der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter verbieten und die Gelder dieser Gewerkschaften mit Beschlag belegen. Im besten Falle, wenn nämlich die Beschwerde hierüber als berechtigt anerkannt wird, werden dann später, nachdem die streikenden Arbeiter durch den Hunger überwältigt worden sind, die Gelder wieder freigegeben. „Gefährlich“ aber erscheinen nur zu vielen Beamten alle Streiks der Arbeiter, zumal wenn die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter mit

einer allgemeinen Aussperrung beantworten und den Streik als eine „Machtprobe“ der Arbeiter denuncieren.

Außerdem sind die Regierungen gar sehr besorgt, daß der einzelne Arbeiter nicht zum willenlosen Werkzeug herabgewürdigt, nicht durch die „wirtschaftliche Übermacht“ vergewaltigt wird. Eine sehr löbliche Sorge — leider richtet sie sich aber nicht gegen die Unternehmer, sondern einzig und allein gegen die Mehrheit und den Vorstand der Gewerkschaften. Tatsächlich handelt es sich hierbei um den „Schutz“ der Streikbrecher. Wenn diese „nützlichen Elemente“, wie sie in der Debatte über die Umsturzworlage gepriesen wurden, in einer rechtsfähigen Gewerkschaft sich einmal als Mitglieder eingemischt haben, dann werden sie kaum jemals wieder abzuschütteln sein. Solange sie Mitglieder sind, müssen ihnen alle Beschlüsse der Versammlungen und des Vorstandes mitgeteilt, muß ihnen sogar eine beglaubigte Abschrift der Mitgliederliste jederzeit auf Verlangen ausgehändigt werden. Den minderjährigen Mitgliedern dagegen ist das Stimmrecht sowie das Recht aberkannt worden, in den Vorstand oder irgend eine Kommission gewählt zu werden.

Den Unternehmern sollen die Gelder der rechtsfähigen Gewerkschaften ausgeliefert werden, wenn ein Gericht entscheidet, daß ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer Vertreter des Vereins in Ausführung der ihm zustehenden Vertretungen, etwa auf Grund eines Streiks- oder Sperrbeschlusses, den Unternehmern einen erfahrungsgemäßen Schaden zugefügt hat. Wenn aber einem Mitgliede, das sich im Dienste der Gewerkschaft eine Geld- oder Ordnungsstrafe zugezogen hat, diese aus der Vereinskasse bezahlt wird, dann soll den Vorstand schwere Strafe dafür treffen.

Auf diese Weise werden durch den Gesetzentwurf, der angeblich die Rechte der Gewerkschaften erweitern soll, den „rechtsfähigen“ Gewerkschaften geradezu die Hände gebunden. Ihnen sollen die neuen Rechte nur unter der Bedingung gegeben werden, daß sie in der Praxis auf alle Rechte gegen die Unternehmer verzichten. Eine Rechtslosigkeit, die naturgemäß schließlich auf alle Gewerkschaften ausgedehnt werden muß.

Auf diese Rechtslosigkeit räumt der Entwurf den Arbeiterinnen das gleiche Recht ein wie den männlichen Arbeitern. So erfüllen die Regierungen die Forderungen der Arbeiterinnen. Kann man sich eine schlimmere Verhöhnung der Arbeiterinnen denken? Auf diesen Hohn werden hoffentlich die Arbeiterinnen die richtige Antwort nicht schuldig bleiben. Ehrenpflicht einer jeden Arbeiterin muß es sein, sich mit allen Kräften an der Agitation gegen den Entwurf zu beteiligen, sie müssen den Regierungen und den bürgerlichen Parteien zeigen, daß die Arbeiterinnen zwar das gleiche Recht wie die männlichen Arbeiter verlangen, aber nicht das gleiche Recht in der Rechtslosigkeit und Ausbeutung, sondern das gleiche Recht zum Kampfe gegen die jetzige Ausbeutungswirtschaft.

Hanau.

Gustav Hoch.

## Zur Lage der weiblichen Angestellten im Gastwirtsgerber.

Im Laufe dieses Jahres sind vor Münchener Gerichtshöfen eine Reihe Klagen von Kellnerinnen gegen Gastwirte zum Austrag gebracht worden, die ein grolles Schlaglicht auf die Arbeitsverhältnisse werfen, unter denen die Kellnerinnen zu arbeiten gezwungen sind. Abgesehen von ihrem allgemeinen sozialpolitischen Interesse beanspruchen die beleuchteten Verhältnisse auch darum die Aufmerksamkeit weiterer Kreise, weil das das Wirtshaus besuchende Publikum durch das Trinkgeldderunwesen direkt davon berührt wird. Unter den Beklagten befand sich der Oekonom des „Münchener Hofbräuhauses“. Eine im Hofbräuhaus beschäftigt gewesene Kellnerin klagte über 600 Mk. ein, die sie in fünf Jahren für „Bußgeld“ (täglich 25 Pf.), für zerbrochene Maßkrüge usw. bezahlt hatte. Auch die von den Gästen zerbrochenen Maßkrüge mußten die Kellnerinnen im Hofbräuhaus mit 1 Mk. pro Stück bezahlen, obgleich diese nur einen Wert von etwa 80 Pf. haben. Sodann wurde ihnen der volle Betrag des Krankengeldes in Abrechnung gebracht. Da die Kellnerinnen Barlohn nicht empfangen, sondern lediglich auf Trinkgeld angewiesen sind, so wurde der Oekonom in diesem Punkte verurteilt. Im übrigen ging die Klage vom Gewerbegericht an die Zivilkammer des Landgerichtes und wurde nur bezüglich des zu Unrecht abgezogenen Krankengeldes zugunsten des klagenden Mädchens entschieden. Seit jenen Vorkommnissen hat der bayerische Finanzminister angeordnet, daß den Kellnerinnen „Bußgeld“ nicht mehr abgezogen werden darf, und daß die Krankengeldbeiträge für sie bezahlt werden.

Wie im „Hofbräu“ und anderen großen Bierlokale, so ist in München auch in den feineren Restaurants und Cafés die weibliche Bedienung vorherrschend. Und auch in jenen Lokalen findet sich die gleiche, wenn nicht erhöhte Ausbeutung der Kellnerinnen durch den Wirt. So wurde gelegentlich einer gewerbegerichtlichen Verhandlung vom Cafésrestaurant „Habsburg“, eines der besseren Cafés in München, das Folgende festgestellt:

Die zehn in diesem Café beschäftigten Kellnerinnen erhalten keinen Pfennig Lohn. Dagegen haben die Mädchen täglich folgende Beträge am Wässet zu entrichten: 15 Pf. Bruchgeld, trotzdem sie jeden einzelnen zerbrochenen Gegenstand extra bezahlen müssen, 20 Pf. Wäschgeld, 15 Pf. täglich — für die Benutzung des Klosetts, jeden fünften Tag 1 M. für den Ausgang und ferner die vollständigen Invaliden- und Krankenversicherungsbeiträge. Dazu kommt noch, daß die Mädchen keine Kost bekommen und die Speisen nach der Karte und bei Menüportionen sogar 10 Pf. teurer bezahlen müssen als die Gäste. Aber auch damit sind die Leistungen der Kellnerinnen noch nicht erschöpft. Jede derselben hat nämlich außerdem das ihr beigegebene „Bier-“ oder „Wassermädchen“ mit täglich 50 Pf. zu entlohnen, außerdem für die nötigen Zahnstocher, Streichhölzer aufzukommen und die für ihr Service notwendigen Münchener Zeitungen anzuschaffen. Der Gewerberichter gab in diesem Falle der bellagten Restaurateursgattin den Rat, dieses Geld, das auf eine „höchst eigentümliche Art in ihren Besitz gelangt“ sei, vergleichsweise zurückzuerstatten. Die Bellagte ahnte wohl, wie das Urteil ausfallen werde, sie ist dem Räte gefolgt.

Die Kellnerinnen, die vom Gastwirt keinen Lohn erhalten, sondern lediglich auf Trinkgeld angewiesen sind, werden also in sehr starkem Maße zu den Unkosten des Geschäftes mit herangezogen. Erhöht sich dadurch, daß die Wirtshausbesucher sich mehr und mehr dem Modezwang des Trinkgeldgebens unterwerfen, die Einnahme des Bedienungspersonals, so wird die Schraube weiter angezogen, der Gastwirt fordert weitere Abgaben. In dieser Weise wird in den großen Cafés und Weinrestaurants in Berlin verfahren; ingeniöse Wirte haben es hier schon so weit gebracht, daß sie von den Kellnern 2, 3 M., in dem einen Falle sogar 4,20 M. an täglichen Abgaben fordern, während sie den Angestellten gegenüber keinerlei materielle Verpflichtungen übernehmen. Einen Teil der Schuld an diesen ungesunden Zuständen trägt das Publikum, indem es sich im Trinkgeldgeben geradezu überbietet.

Durch die gewerbegerichtlichen Klagen ist andererseits aber auch bewiesen, daß den Angestellten vielfach, nachdem der Wirt einen Teil ihrer Einnahmen aus Trinkgeld vorweggenommen hat, wenig, oft auch gar kein Überschuss bleibt. Das Trinkgeld wird immer mehr zu einem Mittel, das den Herren Wirten erlaubt, die Bezahlung ihres Arbeitspersonals dem mitleidigen Publikum aufzuhalsen. Es kommt vor, daß in den Hotels sogar die Zimmermädchen keinen festen Lohn erhalten, sondern auf die Trinkgelder verwiesen werden.

Dem Trinkgeldumzug zu begegnen, sind schon viele Versuche unternommen worden. Vor Jahren hatte sich in Hamburg eine „Antitrinkgeldliga“ gebildet, der viele Rechtsanwältinnen, Pastoren, kurz Leute aus den sogenannten „besseren Kreisen“ als Mitglieder angehörten. Die Liga hat aber ebensowenig Erfolg gehabt wie eine in früheren Jahren gegründete ähnliche Vereinigung. Alle Versuche, die von selten der Wirtshausbesucher gemacht werden, sind von vornherein aussichtslos, es sei denn, daß es gelänge, das vieltausendköpfige Ungeheuer, genannt Publikum, unter einen Hut zu bringen. Das wird aber kaum möglich sein. Eine Reform wird nur herbeigeführt werden können durch die Beteiligten selbst, nämlich durch die Angestellten. Solange diesen das Empfinden für das Niederdrückende, Demütigende fehlt, das mit dem Empfang von Trinkgeldern verbunden ist, und solange sie nicht auch die Macht besitzen, die gastwirtschaftlichen Unternehmer zu zwingen, daß sie, wie alle anderen Unternehmer auch, ihr Hilfspersonal selbst bezahlen: so lange wird an den stärkeren Verhältnissen jeder Versuch einzelner scheitern, mit der Unsitte aufzuräumen.

Betrachtet man die Lage der weiblichen Angestellten im Gastwirts-gewerbe selbst nur von diesem Gesichtspunkte aus, so wird man es willkommen heißen, daß der Anfang zu einer Kellnerinnenorganisation gemacht worden ist. Vor einigen Monaten hat sich in München eine Organisation von Kellnerinnen gebildet, die als Sektion für weibliche Angestellte an den Verband deutscher Gastwirtsgehilfen angegliedert ist. Auch in anderen Städten Bayerns und Süddeutschlands soll unter den Kellnerinnen zum Anschluß an die Organisation gewirkt werden. Auf der Generalversammlung des obengenannten gewerkschaftlichen Verbandes der Gastwirtsgehilfen, die in Köln getagt hat, waren zum erstenmal zwei weibliche Delegierte (die der Münchener Verwaltungsstelle) anwesend. Die Vertreterin der Münchener Kellnerinnen zog in ihrem Referat strikte Grenzlinien zwischen der süddeutschen und der norddeutschen Kellnerin. Während die letztere fast lediglich in „Animierneipen“ zum Amüsement der Gäste gehalten werde, sei die süddeutsche in Wirklichkeit eine Arbeiterin im Gastwirts-gewerbe, die in ihren Leistungen den männlichen Kollegen vielfach nichts nachstehe.

In den Berufsorganisationen der Industriearbeiter wird es längst als ganz selbstverständlich erachtet, auch die weiblichen Arbeitskräfte zur Organisation heranzuziehen. Anders im Gastwirts-gewerbe. Wir erinnern dabei an jene gefährlichen, von Standesdünkel und Überhebung frohenden Angriffe, welche auf dem Berliner Fachkongress im Jahre 1890 von Seiten der Kellner gegen ihre Kolleginnen gerichtet

wurden. (Vergleiche „Zur Kellnerinnenfrage“, „Gleichheit“ Nummer 8 vom 11. April 1900.) Der elendeste Brotneid versteckte sich hinter angeblich sittliche Bedenken. Die gewerkschaftlich organisierten Gastwirtsgehilfen drangen damals mit ihrer Auffassung, daß die weiblichen Angestellten gleichberechtigt seien, nicht vollkommen durch, es kam zu einem Kompromiß. Einen Unterschied zwischen Kellnerin und Kellnerin macht aber auch der Verband der Gastwirtsgehilfen, indem er die einen als organisationsfähig und die anderen als organisationsunfähig bezeichnet. Und darin kann man ihm nicht unrecht geben. Auch wenn man die in Animierneipen beschäftigten Mädchen durchaus nicht verurteilt als schlechte, verworfene Geschöpfe, sondern sie als Opfer ihrer Verhältnisse bedauert, kann man doch nicht umhin, der Meinung zuzustimmen, daß im allgemeinen diese Mädchen für die gewerkschaftliche Organisation und den Kampf um bessere Lebensbedingungen untauglich sind.

Nun gleichen sich aber die auf der Generalversammlung hervorgehobenen Unterschiede der betreffenden Verhältnisse in Nord- und Süddeutschland immer mehr aus. Süddeutschland ist durchaus nicht mehr frei von sogenannten „Animierneipen“, während andererseits die solide süddeutsche Kellnerin immer weiter nach Norden vordringt. Es gibt heute schon in Leipzig, Berlin usw. eine Anzahl besserer Restaurants, wo eine solide Kellnerinnenbedienstung eingeführt ist. Außerdem gehen alljährlich Tausende von bayerischen Kellnerinnen zu den Schützenfesten, Ausstellungen nach allen Teilen des Deutschen Reiches. Bei solchen Veranstaltungen werden die vertrauensseligen Mädchen von den gastwirtschaftlichen Unternehmern sowohl, als auch von den Stellenvermittlern in der schamhaftesten Weise ausgebeutet und durch zweideutige Verträge übers Ohr gehauen.

Hoffentlich entwickelt sich die junge Organisation der Kellnerinnen kräftig weiter. Der Münchener Verein zählt bereits über 800 Mitglieder. Auch in Nürnberg und in Chemnitz hat der Verband der Gastwirtsgehilfen Sektionen für weibliche Angestellte gegründet, beziehentlich es sind solche Sektionen in der Bildung begriffen.

Sind auch die meisten der bisherigen Verbandsmitglieder Kellnerinnen, so darf doch natürlich vor der Organisierung anderer weiblicher Angestellten im Gastwirts-gewerbe nicht Halt gemacht werden. Es sind daselbst Zehntausende Verschleißerinnen, Zimmermädchen, Köchinnen, Küchenmädchen usw. beschäftigt. Alle diese Angestellten werden in der unglaublichsten Weise ausgebeutet. Die Arbeitszeit ist eine ungeheuer lange. Vielfach müssen diese Mädchen um 5 oder 6 Uhr morgens aufstehen und kommen vor 12 oder 1 Uhr nachts, recht oft noch später, nicht zur Ruhe. Die Küchen sind meist in den entlegensten, schlechtesten Winkeln des Hauses untergebracht, wo oft genug den ganzen Tag künstliches Licht brennen muß. Bei ständig hoher Temperatur, die Luft geschwängert mit allerlei üblen Gerüchen, muß hier das Personal 16 bis 18 Stunden arbeiten.

Für die Köche und Köchinnen gilt die Bundesratsverordnung, nach welcher die Arbeitszeit nicht länger als 16 Stunden pro Tag betragen soll. Wenn man bedenkt, daß diese Bestimmung eine „Verbesserung“ gegenüber dem früheren Zustand bedeutet, dann kann man sich einen Begriff machen, wie die Verhältnisse früher gelegen haben müssen. Eine Verbesserung wäre auch die Vorschrift, wenn sie gehalten würde. Das ist aber, soweit namentlich das weibliche Personal in Betracht kommt, fast nirgends der Fall. Genau so steht es mit dem 24 stündigen Ruhetag, der nach der Verordnung des Bundesrats alle 14 Tage, in kleineren Städten alle drei Wochen gewährt werden soll. Am meisten haben es noch die Kellner verstanden, sich die Vorteile der Verfügung zu sichern, da diese von dem einschlägigen Arbeitspersonal immerhin noch am besten organisiert sind.

Schlamm ist das Hilfspersonal der Küche daran, die Küchenmädchen usw. Das Abwaschen des Geschirrs, das Putzen des Kupfers und des Silbers usw. geschieht meistens in den elendesten Löchern. Dort stehen die Mädchen und Frauen, in manchen Fällen auch jugendliche Arbeiter Tag für Tag 15 bis 18 Stunden lang in beständiger Nässe und Feuchtigkeit bei ekelhafter Arbeit, die durch keinerlei Pause unterbrochen wird. Tage und Wochen vergehen, ehe diese Sklavinnen des Gastwirts-gewerbes einmal frische Luft schöpfen und die Sonne sehen dürfen. Das Essen, das sie erhalten, ist meist ein miserables; alle Abfälle, häufig genug schon verdorbenes Fleisch, alles, was nicht mehr verkauft werden kann, erhält das Hilfspersonal der Küche. Nichts-fachleute werden zu der Annahme geneigt sein, daß das Personal in Hotels und Restaurants, wo ja Speisen in Hülle und Fülle vorhanden sind, keine Not zu leiden brauche und daß es sich schlimmstensfalls selbst helfen könne. Das trifft — heute mindestens — nicht mehr zu, und je größer der Betrieb ist, desto weniger.

Das Küchenpersonal müssen die Wirte selbst entlohnen. Köche und Köchinnen bekommen einigermaßen annehmbare Bezahlung, das übrige Küchenpersonal aber ist schlecht entlohnt. Die Herren Gastwirte flagen deswegen auch immer über Mangel an weiblichem Personal und schreien in ihrem mit den Agrariern nach Einschränkung der Gewerbefreiheit. So hat zum Beispiel der Verband deutscher Gastwirte seinerzeit in einer Petition nichts Geringeres gefordert, als die Aufhebung der Gewerbefreiheit für alle Mädchen unter 18 Jahren. Die Herren verlangen, daß Mädchen bis zu diesem Alter in Fabriken und gewerblichen Betrieben nicht beschäftigt werden dürfen, damit sie in die dunstgeschwängerten, dunklen Löcher ihrer eigenen Betriebe gezwungen würden.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen will mit der Zeit alle Kategorien der Angestellten im Gastwirts-gewerbe organisieren. Ein Teil, wie die Köchinnen, Zimmermädchen usw., werden als Gewerbegehilfen betrachtet,

andere, wie Küchenmädchen oder Dienstmädchen schlechthin, werden dem Gesinde zugerechnet. Jedoch gehören unter gewissen Voraussetzungen auch diese zu den Gewerbegehilfen, nämlich dann, wenn sie zu einem Teil (nach der Entscheidung mancher Gerichtshöfe zu einem „erblichen“ Teil) zu eigentlichen gewerblichen Arbeiten herangezogen werden. So sind Mädchen, welche tagsüber Hausarbeiten verrichten, dann aber zur Bedienung der Gäste mit herangezogen werden, als Gewerbegehilfen zu betrachten. Unserer Auffassung nach sind auch Küchenmädchen, die ja nicht lediglich für die eigene Herrschaft, sondern für den Gewerbebetrieb kochen oder Zupuarbeiten, Geschirrspülen usw. verrichten, zu den Gewerbegehilfen zu zählen. Jedenfalls liegen in dieser Hinsicht Anknüpfungspunkte zwischen der Gastwirtsgehilfen- und der Dienstabotenbewegung vor, die unseres Wissens auch in Nürnberg ausgenutzt worden sind.

Ist es erst gelungen, die gastwirtschaftlichen Angestellten, die männlichen wie die weiblichen, in einer starken Organisation zusammenzufassen, dann wird auch daran gedacht werden können, mit den Mißständen im Gastwirts-gewerbe aufzuräumen, die so ausnahmsweise schwere Existenzverhältnisse für die betreffenden Arbeiterschichten schaffen.

Hugo Boehsch.

## Gegen Heimarbeiter-schutz.

Der Initiativantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, betreffend die gesetzliche Regelung der Heimararbeit, hat die Konfektionäre und Zwischenmeister mobil gemacht. Durch die Berliner Handelskammer haben sie für Groß-Berlin eine Enquete veranstaltet, deren Ergebnisse diese Körperschaft soeben in einer Sonderchrift herausgegeben hat. Die Erhebung wird bei den Reichstagsverhandlungen über den sozialdemokratischen Antrag wohl eine gewisse Rolle spielen. Eine kurze Würdigung derselben scheint uns daher am Platze.

Da die Konfektionäre und Zwischenmeister allein die Experten bei der Erhebung abgaben, darf man von vornherein darauf gefaßt sein, die Heimararbeit rosiger beleuchtet zu sehen, als auf der Heimarbeitsausstellung. Mit heißem Bemühen ist man von ihrer Seite daran gegangen, das auf der Ausstellung beigebrachte Material in seiner Beweisstärke und Anflagegewicht zu erschüttern. Das aber ist selbst mit den sorgfältig gewählten Mitteln in nur ganz beschränktem Maße gelungen und obendrein gewöhnlich nur dem Anschein nach. Wie bei den Erhebungsergebnissen versucht wird, mit „Blenden“ zu arbeiten, dafür einen recht markanten Beweis. Wer die Ausstellung nicht nur durchwanderte, sondern auch die den einzelnen Gegenständen beigefügten Angaben kritisch ansah, konnte gar nicht darüber im Zweifel sein, daß einige derselben objektiv nicht ganz korrekt sein konnten. Die Inkorrektheiten rührten aber offensichtlich daher, daß die Auskunftgebenden die Fragen mißverstanden hatten. In einer Reihe Fälle konnte man feststellen, daß die Experten mit einzelnen Auskünften ihre Verhältnisse viel günstiger erscheinen ließen, als sie in Wirklichkeit sind. So waren zum Beispiel bei der Angabe der Stunden- oder Wochenlöhne zweifellos durchaus nicht immer die Unkosten in Abzug gebracht worden, oder aber es begriffen die angegebenen Sätze den Verdienst von zwei Personen beziehungsweise von Hilfskräften in sich. Das auch nach der anderen Seite hin Irrtümer unterlaufen sind, erscheint als fast selbstverständlich. In einem Falle wurde beispielsweise bei einem Artikel für kompliziertere respektive quantitativ gesteigerte Arbeitsleistung eine niedrigere als die tatsächliche Lohnsumme angegeben; es war dies infolge einer Verwechslung der Positionen geschehen. Solche offensiblen Irrtümer nun, die kaum jemand zu einer falschen Annahme führen können, sind herausgesucht worden um das überwältigende Zeugnis der Ausstellung vom Heimarbeiterelend zu entkräften. Allerdings groß ist die Ausbeute nicht gewesen. Im allgemeinen nimmt die Schrift auf Fälle Bezug, in denen die Angaben der Aussteller mit denen der Zwischenmeister kollidieren. Die angegebenen Stücklöhne müssen jedoch durchweg als richtig anerkannt werden, daran gibt es nichts zu brechen und zu deuteln. Dagegen wird die in Ansatz gebrachte notwendige Arbeitszeit zur Fertigstellung eines bestimmten Quantum als zu hoch gegriffen bezeichnet; auch die Höhe der angegebenen Unkosten wird bemängelt. Da wird zum Beispiel ausgeführt:

„Unfertiger Regenschirm. Ein Dutzend unfertiger baumwollener Schirme, das heißt genähter Bezüge, wird von einer mittelmäßigen Näherin in 4 Stunden hergestellt; der Katalog — von der Heimarbeitsausstellung — gibt 12 Stunden an. Er beziffert die Auslagen auf 65 Pf. pro Dutzend; da man aber mit einer Rolle Garn zum Preise von 18 Pf. fast 2 Dutzend Schirme nähen kann, die Auslagen somit 10 Pf. betragen, ist nicht ersichtlich, wofür die übrigen 55 Pf. ausgegeben worden sind.“

Soll an dieser „Feststellung“ der Wert der übrigen Angaben gemessen werden, so kann man die ganze Enquete ohne weiteres ad acta legen. Die Näherin benutzte zu ihrer Arbeit, wie auch Konfektionäre und Zwischenmeister wissen könnten, eine Nähmaschine, deren Anschaffungskosten sie berechnen muß; sie verbraucht Nadeln und Öl und muß Reparaturen zahlen. Da sie gewöhnlich auch in den Abend- und Nachtstunden der gewerblichen Arbeit nachgehen muß, verbraucht sie entsprechend Beleuchtungs- und Heizungs-material. Da kann es nur für jemanden, der sehr oberflächlich urteilt oder unter allen Umständen ein im voraus feststehendes Urteil beweisen will, unersichtlich sein, woher die 55 Pf. Auslagen kommen. Man mag die Angabe als hoch bemessen bemängeln, wer aber, wie die Experten der Handels-

Kammer, die angezogenen Umstände vollständig übersehen, hat keinen Anspruch darauf, ernst genommen zu werden.

Die gelieferte Probe „objektiver Darstellung“ ist ein Schulbeispiel dafür, daß auch das übrige Material mit der größten Vorsicht, ja man darf sagen, mit Mißtrauen aufgenommen werden muß, davon abgesehen, daß es von Interessenten stammt und sich der Nachprüfung entzieht. Die Zahl der in der Heimindustrie von Groß-Berlin Beschäftigten, sowie die erzielten Stunden- und Wochenverdienste sind nach den Lohnlisten der Zwischenmeister — ermittelt. Da die „Denkschrift“ der Handelskammer in sehr aufdringlicher Weise sich die Verteidigung des Zwischenmeistersystems angelegen sein läßt, muß die Art der Ermittlung peinlich auffallen. Der Gedanke, daß gerade die erbärmlichsten Verhältnisse nicht ans Licht gezogen werden sollen, drängt sich allzu gewichtig auf, um abgewiesen zu werden. Und trotz allem ist das, was man nun als „ungeschminkte Tatsachen“ vorführt, wahrlich nicht geeignet, den bösen Ruf umzustößen, den die Heimarbeit erlangt hat.

Die Gesamtzahl der für Berliner Geschäfte tätigen Heimarbeiter wird auf 110 000 bis 120 000 geschätzt. Tatsächlich dürfte die Zahl der in der Heimarbeit Beschäftigten viel größer sein, da jedenfalls die zu den Arbeitern mit herangezogenen Kinder und sonstigen Familienangehörigen nur zu einem verschwindenden Bruchteil von der Erhebung erfaßt worden sind. Wie sich die Heimarbeit auf die einzelnen Industrien verteilt, ergibt folgende Zusammenstellung, in der Heimarbeiter und Werkstättenarbeiter zusammen aufgeführt sind. Es sind ermittelt in der

Damen- und Kinderkonfektion . . .	52 000	Personen
Herrn- und Knabenkonfektion . . .	22 000	„
Wäsche- und Weißwarenkonfektion, Krawattenfabrikation usw. . . . .	47 000	„
Hut-, Blumen-, Federn-, Mützen- fabrikation . . . . .	6 000	„
Schuhfabrikation . . . . .	2 000	„
Papier-, Leder-, Galanteriewaren- Industrie . . . . .	5 000	„
Zigarren- und Zigarettenindustrie . .	3 000	„

Einige Branchen, in denen Heimarbeit in nur beschränktem Umfang üblich ist, hat man bei der Erhebung nicht berücksichtigt, zum Beispiel Korbwaren-, Glährumpfindustrie, Lithographie und andere mehr. Außerordentlich groß ist der Anteil verheirateter Frauen an der Heimarbeit; nach den von einzelnen Firmen angegebenen Zahlen sind 80 bis 90 Prozent der Heimarbeiterinnen verheiratet. Durch diese Angabe wird bestätigt, daß tatsächlich die heimarbeitenden Kinder von der Erhebung nicht mit erfaßt worden sind, denn sonst müßte eine erheblich höhere Gesamtzahl, als die angegebene, herauskommen. Die Kinder vor der mütterlichen hausindustriellen Arbeit zu schützen, welche das ganze Leben vergiftet, oft den Keim zu frühem Tode oder moralischem Verkommen legt: das ist aber eine der ersten sozialen Pflichten des Staates.

Eine Firma der Knabenkonfektion macht Angaben über Wochenlöhne verheirateter Heimarbeiterinnen. Die Löhne schwanken zwischen 8 und 12,50 M. Nur in einem Falle wird die Mithilfe einer erwachsenen Tochter angegeben, aber in diesem Falle soll auch ein Wochenverdienst von 31,50 M. erzielt worden sein. Die niedrigen Löhne werden damit erklärt, daß die Frauen den Lohn nur als Zusatzverdienst betrachteten und nur wenige Stunden in der Woche arbeiteten. Nun sind aber wieder von anderen Firmen Angaben über die durchschnittlichen täglichen Arbeitszeiten gemacht, die mit 6 bis 11 1/2 Stunden berechnet sind.

Daß den Angaben gegenüber eine starke Dosis Mißtrauen gerechtfertigt ist, dafür noch einige Beispiele. In der Denkschrift heißt es: „Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Zwischenmeisters der Herren- und Knabenkonfektion wurde von einer Seite auf 1900 M. berechnet, von anderer Seite wurde es auf 1400 M. in der Jackettbranche, 2100 M. in der Westenbranche, 3500 M. in der Hofenbranche und 3000 M. in der Knabenkonfektion geschätzt. Das sind doch merkwürdige Differenzen.“ Dann wird an Spezialabrechnungen „bewiesen“, daß das Einkommen von drei Zwischenmeistern nur 1900, 1181 und nochmals 1900 M. beträgt. Aber für Heimarbeiter in derselben Branche werden Jahreslöhne von 1902 bis 2647 M. angegeben! Da kann man sich nur wundern, daß die Meister nicht lieber Heimarbeiter „spielen“. Bei derartigen Angaben muß man an die Klagen der Großgrundbesitzer denken, die unter gestickten Strohdächern wohnen und ihren Frauen und Töchtern kaum ein neues Kleid kaufen können, während ihre Diensthilfen beneidenswerten Kleiderluxus treiben.

Die Denkschrift wendet sich auch gegen die Forderung der Errichtung von Betriebswerkstätten und macht gegen sie den Kostenpunkt geltend. Angekündigt soll bei dem Übergang zum Fabrikbetrieb der Ruin mancher Industrie unabwendbar sein. Da der Einwand aber im Hinblick auf die Verbilligung der Produktion durch rationellen Betrieb, unter Verwendung von Maschinen, nicht sehr durchschlagend erscheint, muß der berühmte Schutz des Mittelstandes als weiteres Argument herhalten. Weil nur die großen, kapitalkräftigen Unternehmer den Übergang zum Fabrikbetrieb vollziehen könnten, müsse aus Rücksicht auf die kleinen Firmen von der Forderung Abstand genommen werden. Und schließlich wird als schwerstes Geschütz gegen die Forderung auf Errichtung von Betriebswerkstätten „Arbeiterfreundlichkeit“ aufgeführt. Weil die verheirateten Frauen nicht von ihren kleinen Kindern fort können, darf ihnen die Möglichkeit nicht genommen werden, in der engen Wohnung unter den ungesundesten Bedingungen und zu den niedrigsten Löhnen für das Kapital zu schanzeln!

In dieser Begründung liegt die schärfste Anklage gegen unsere sozialen Verhältnisse. Die Mutter muß der gegenwärtigen Form der kapitalistischen Ausnutzung erhalten bleiben, damit sie sich der Erziehung der Kinder widmen könne! Eine herrliche Logik, der herrlichen Weltordnung würdig, der sie auf den Leib zugeschnitten ist! Die bürgerlichen Gesetzgeber mögen sich durch das Variieren der Denkschrift gern imponieren lassen. Den Kampf des Proletariats gegen das Heimarbeitersystem wird es dagegen nicht abschwächen, sondern umgekehrt anfeuern. Wenn das Unternehmertum gegen den Heimarbeiterschutz Sturm läuft, so lehrt dies den Ausgebeuteten, alle Kraft für ihn einzusetzen. D.

### Das Familienleben des Arbeiters.

„Im Kreise der Seinen zufrieden und froh — wird zum Palaste die Hütte von Stroh.“ Mit ähnlichen fälschlichen Redensarten suchen bürgerliche Literaten und soziale Schönfärber das Familienleben des Proletariats in eine Idylle umzulügen. Diese schreibenden Verwandlungskünstler zaubern im Handumdrehen ein glänzendes Bild vor, wie froh und traulich es sich in der Hof- oder Dachwohnung lebt, ein so glänzendes Bild, daß jeder Mensch, der seine fünf Sinne leidlich beisammen hat, fragen muß: Ja, warum suchen denn nicht die oberen Zehntausend des unbeschreiblichen Glückes in „der Hütte von Stroh“ teilhaftig zu werden? Aber freilich: der rauhen Wirklichkeit gegenübergestellt, erweist sich das mit den schönsten Farben zusammengespinnene Bild von dem idyllischen Daheimleben der Proletarier als der pure Schwindel. Da es jedoch leider immer noch genug Männer und Frauen des Volkes gibt, die sich durch solchen geschriebenen und gesungenen Schwindel über das Glend ihrer Lage täuschen lassen, sei im folgenden streng nach der Natur ein Bild vom Familienleben des Arbeiters gezeichnet.

Wir greifen eine proletarische Familie heraus, die aus Mann, Frau und zwei Kindern besteht. Der Mann ist Fabrikarbeiter. Infolge seines schlechten Lohnes und der gegenwärtig unerschwinglichen Preise für Wohnung, Nahrung und allem Lebensbedarf ist es ihm unmöglich, ohne Mithilfe der Frau die Familie ernähren zu können. Die Mutter, die „züchtig waltende Hausfrau“, die berufene Erzieherin der Kinder, ist gezwungen, Fabrikflavin zu werden, oder was noch schlimmer ist, zur Heimarbeit zu greifen, um das Defizit im Haushaltungsbudget zu decken.

Nun bleiben nur noch Spuren eines wirklichen Familienlebens übrig. Die Frau muß in erster Linie dem Verdienst leben. Alle, auch die wichtigsten Aufgaben der Familie treten hinter die Anforderungen der Erwerbsarbeit zurück. Die Frau kann sie nur nebenbei notdürftig erledigen und muß sie wohl auch ganz vernachlässigen oder fremden Leuten übertragen. Wie dem Vater, so bleibt auch der Mutter für die Familie nur die Zeit nach Feierabend, und diese ist kraft roher Unternehmergehals sehr kurz bemessen. Nicht viel ist es, was die Frau in dieser „kurzen Sklaverei“ für die Unterhaltung, Belehrung und sittliche Erziehung der Kinder, für die Pflege eines schönen Familienlebens tun kann. Und so folgt Tag auf Tag. Der Sonntag und die Kalenderfeiertage bringen etwas Wechsel. Der Frau und Mutter wird aber dann die sogenannte „freie Zeit“ um vieles durch hauswirtschaftliche Verrichtungen verkürzt, so daß es nur wenige Stunden sind, die für Erfüllung ihrer Mutterpflichten übrig bleiben. Das Brot, das die Mutter ihren geliebten Kindern schaffen will, muß sie mit dem teuren Preise der Vernachlässigung ihrer körperlichen Pflege, ihrer geistig-sittlichen Erziehung bezahlen. Ist das nicht ein blutiger Hohn und eine brennende Schmach!

Kann aber in der Arbeiterfamilie vielleicht sich der Vater mehr den Kindern widmen, weil die Mutter ihm beim Verdienst eine Gehilfin ist? Mitnichten. Er gehört nach wie vor dem Kapital, das ihn ausbeutet, auf seine Zeit, auf seine Kraft Beschlag legt und ihn abends müde, abgerackert, verblüht den Seinen zurückgibt. Es gehört ein ganzer Mensch dazu, ein Arbeiter, der ein aufgeklärter, klassenbewußter, kämpfender Proletarier geworden und in sich sittlich gefestigt ist, daß der von Sorgen bedrängte Vater nicht den herabziehenden Wirkungen der heutigen „göttlichen Weltordnung“ unterliegt. Ist das aber der Fall, so kann überhaupt von einem wahren Familienleben des Arbeiters nicht mehr die Rede sein, denn unter den moralischen Defekten des Vaters leiden die Seinen.

Man bedenke ferner, wie tief erschüttert, ja oft zerstört die Arbeiterfamilie durch Arbeitslosigkeit wird, wie sie zumal in Zeiten der Krisen das Schicksal Tausender ist; man verfolge die Zahlen der Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit, die Zahl der Toten, Krüppel und Invaliden, die gewissenlose Ausbeutungsgier auf dem Gewissen hat; und die grauigsten Bilder von leiblicher und geistiger Not in der Arbeiterfamilie steigen heraus.

Was hat die Sozialgesetzgebung getan, um dem Kapitalismus die Krallen zu beschneiden, die das proletarische Familienleben morden, um durch Schutz und Fürsorge für die ausgebeutete und geknechtete Arbeit den Proletarier und sein Weib in den Stand zu setzen, sich selbst und ihren Nachkommen leben zu können? So gut wie nichts, trotz aller pomphaften Großtueren, die gelegentlich von Ministersejdeln aus in die Welt gerufen wird. Nicht einmal dem schwächsten, hilfbedürftigsten Glied der Arbeiterfamilie, dem Kind, wird durch unsere glorreiche soziale Gesetzgebung genügend Schutz und Fürsorge zuteil. Wenn auch das Kinderschutzgesetz der übergroßen Ausbeutung kindlicher Arbeitskräfte in Industrie und Gewerbe eine gewisse Grenze gezogen hat, so sind doch den kapitalistischen Profitgeiern, die sich auf das zarte Kinderfleisch stürzen, durchaus noch nicht

genügend die Fänge und Klauen gefügt. Man denke, daß die in der Landwirtschaft und im häuslichen Dienst beschäftigten Kinder außerhalb des Gesetzes stehen, und daß dieses selbst voller Mängel und Schwächen ist, weil der Respekt der Gesetzgeber vor dem Geldsack größer war als ihre Achtung vor dem kindlichen Leben.

Das Familienleben des Arbeiters spiegelt die verhängnisvollen Folgen der kapitalistischen Ausbeutung wider. Der Kampf der aufgeklärten Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die kapitalistische Ausbeutung ist daher auch ein Kampf für ein gefestigtes und edles Familienleben. Gerade die Leute aber, welche mit vollen Backen und süßgespitztem Munde von dem Wert und Glück des Familienlebens reden, wollen die Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung zurückhalten. Aber die Sprache der Tatsachen, welche die Arbeiterfamilie tagtäglich hört, ist stärker als die bürgerlichen Salbadereien. Sie können den Klassenkampf so wenig aufhalten wie das himmlische Gaspopeta der Kirche, der brutale Säbel der Polizei und die Spitzfindigkeiten der Juristen. Die Aufklärung unter den Männern und Frauen der Arbeit wächst unaufhaltsam, ihr Zusammenschluß greift immer weiter um sich. Die kämpfenden Proletariermassen gebrauchen die staatlichen Rechte, die sie besitzen; sie fordern neue, bessere Rechte, um wirksamer kämpfen zu können. Zu dem gleichen und gesicherten Koalitionsrecht für beide Geschlechter verlangen sie das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für Mann und Frau. Sie brauchen ihre Rechte, um dem Ausbeutertum und seinem Staate durch den wirtschaftlichen und politischen Kampf menschenwürdige Arbeitsbedingungen abzutreiben, die den Proletariern etwas Familienleben und Familienglück ermöglichen. Sie kämpfen für den Umsturz, für die Verdrängung der bürgerlichen Ausbeutungsgesellschaft durch die sozialistische Gesellschaft, welche für alle ihre Glieder die Vorbedingungen zu einem beglückenden, veredelnden Familienleben enthält. Die Frau und Mutter, die unter den heutigen Umständen am meisten leidet, muß als Genossin des Mannes im Kampfe gegen den Kapitalismus stehen. Ihr besonders winkt ein hoher Kampfespreis. Margareta Praisk.

### Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland.

Von Klara Zetkin.

(Fortsetzung.)

Die Lieferungstage waren besonders Arbeitstage und Festtage der Seele für Genossin Goldig, ein „Typ vom ferngesunden, ziellaren Charakter jener ausgesprochen proletarischen Bewegung“. Sie ist rednerisch wohl kaum je in größerem Kreise hervorgetreten; bei den ungewöhnlichen Zusammenkünften der Lieferungstage wie bei Besprechungen der führenden Persönlichkeiten bewährten sich ihre agitatorische Veranlagung, ihr kluger Sinn, ihre Energie glänzend. Dabei war sie „ausdauernd, opfermutig und der Schrecken aller Halben und Undurchsichtigen, die ihr Haus — das zeitweilige Hauptquartier — betreten“, wie sie es noch heute ist, wo sie fast 65-jährig treu zur Fahne der Sozialdemokratie steht. Fräulein Miffelwit, ein älteres Mädchen, wirkte besonders in Chemnitz. Sie war von den Lassalleanern zu der Internationalen Gewerkschaftsgenossenschaft gekommen, verwarf am Quartalschluss nie, ihre Mitgliedskarte zu erneuern, und führte diese stets mit Stolz bei sich. Motteler schreibt von ihr: „Sie verkörperte den typischen, aber freiwilligen britischen walking-delegate . . . belesen, redegewandt, von kluger Disputierlust und einem meisterhaften Erzähler- und Lehrtalent war sie in Chemnitz freiwillige Propagandistin für die Gewerkschafts- und Parteisache zugleich. . . . Eine offizielle Amtierung zu übernehmen war ihr nicht möglich. Ihr Fußleiden (sie hinkte stark) hinderte sie, anders als in kleinerem Kreise und in den Familien, wo sie schneiderte oder Gast war, zugleich unsere Grundzüge und Ziele einzubürgern und sie ganz speziell weiterzulegen zu lehren.“ Wahrscheinlich, der während seiner Chemnitzer Kampagne von 1872 bis 1878 Genossin Miffelwit kennen lernte, zeichnete ihre Persönlichkeit und ihre Hingabe an den Sozialismus mit diesen Strichen: „Ich bin immer, wenn ich die Miffelwit sah, an die arme verwachsene Näherin in einem der großen Sueschen Romane erinnert worden, die ein so heißes Herz hatte, die so heiß und hoffnungslos liebte und so bescheiden und opferwillig für andere lebte. Ihr Eifer im Parteidienst war mustergültig für jeden Mann. Es war das Pflichtgefühl, und nur dieses, was sie zu jedem Opfer bereit machte. Sie hat, soweit ich mich erinnere, nie öffentlich gesprochen, konnte aber ihren Gedanken recht wohl klaren Ausdruck geben und hatte die Bedeutung unserer Sache vollkommen klar begriffen. . . . Ich erinnere mich nicht, daß sie etwas besonderes Hervorragendes getan hätte, wodurch die allgemeine Aufmerksamkeit auf sie gelenkt worden wäre, aber sie war bei allem dabei, und man konnte darauf rechnen, daß sie eine übernommene Pflicht voll und ganz erfüllte. Mit der Organisation der Arbeiterinnen stand es damals noch sehr schlecht. Dieselben waren so rückständig, daß jeder Versuch, sie in Reih und Glied zu stellen, leicht ins Pächerliche umschlug. Die Verdienste der Miffelwit und der wenigen Frauen und Mädchen, die damals gleich ihr am sozialen Kampfe teilnahmen, können deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ich konstatiere übrigens mit Vergnügen, daß nach meinen vielen und langjährigen Erfahrungen innerhalb und außerhalb der Parteikreise Frauen und Mädchen, sofern sie sich am öffentlichen Leben beteiligen, eifriger, ausdauernder und pflichtgetreuer arbeiten als die Männer.“ Als die alte freundliche Genossin des Sozialismus fand Wahrscheinlich Genossin Miffelwit in den neunziger

Jahren in Milwaukee wieder; sie ist gestorben, „ohne einen Lichtblick in ihrem Leben gehabt zu haben“. Auch Genossin Weber hat jenseits des großen Wassers Glück und Stern gesucht, und Genosse Rotteler findet ab und zu in der deutschsprachigen amerikanischen Parteipresse Beiträge, die ihre treue Mitarbeit an der Bewegung bezeugen. Die offenbar sehr begabte und gutgeschulte Genossin Penschel scheint aus dem Kampfe verschollen zu sein.

Das Verdienst unseres „roten Postmeisters“ ist es, daß dieses Kapitel aus den Anfängen der proletarischen Frauenbewegung Blatt um Blatt zusammengefügt werden konnte. Mit eindringendem geschichtlichen Verständnis und liebevollem Sammelfleiß hat er die nun zum erstenmal verarbeiteten Dokumente — verschollene und unbeachtete Dokumente — mühsam zusammengetragen und durch wertvolle persönliche Informationen vervollständigt. Den ihm gebührenden Dank sollte ich ihm in seinem eigensten Sinne, indem ich die Aufforderung weitergebe, die er in seine Erläuterungen zum Quellenmaterial einschloß: Sammelt die Bausteine zu einer proletarischen Frauenbewegung, solange die Dokumente nicht zerfallen und verweht sind, die von ihren ersten Anfängen erzählen, solange die Persönlichkeiten noch leben, die ihre ersten Pioniere gewesen sind.

Die bedeutsamsten Züge der skizzierten Anfänge einer proletarischen Frauenbewegung scheinen mir diese: Die zirkuläre Erkenntnis von der Notwendigkeit der gemeinsamen Organisation und des gemeinsamen Kampfes der Proletarier ohne Unterschied des Geschlechtes; die Würdigung der Frau als einer voll gleichberechtigten, aber auch gleichverpflichteten Mitstreiterin im Klassenkampf; der ausgesprochen proletarische, international gerichtete Charakter der Bewegung, die rein von jeder bürgerlich frauenrechtlerischen Beimengung war. Dadurch unterschied sich dieser Versuch, die Frauen des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes zusammenzuschließen, wesentlich von den ersten Berliner Bestrebungen, die das gleiche Ziel verfolgten. Dem „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“, der in Berlin 1885 gegründet wurde, konnten nach § 3 seines Statuts nur Frauen und Mädchen angehören, und § 8 besagte: „Männer haben gewöhnlich zu den Vereinsversammlungen keinen Zutritt.“ Unter dem Einfluß frauenrechtlerischer Gedankengänge verwarfen viele führende Berliner Genossinnen bis zum Internationalen Kongreß zu Zürich 1893 jeden besonderen geschlechtlichen Arbeiterinnenschutz. Der hervorsteckende Unterschied ist sicherlich mit auf Rechnung der vereinsgesellschaftlichen Sonderstellung der Frau in Preußen zu setzen, welche unter dem Ausnahmegesetz durch die polizeiliche Praxis noch verschlimmert wurde. In hohem Grade ist er aber auch der naturgemäße Niederschlag des Entwicklungsstadiums hervorragender Trägerinnen der Berliner Bewegung. Er hatte sie von der Frauenfrage zur sozialen Frage, von der bürgerlichen Frauenrechtstheorie zur Sozialdemokratie geführt. Die Vorkämpfer für die Einbeziehung der Frauen in die Internationale Gewerkschaften kamen dagegen von der sozialen Frage zur Frauenfrage. Dies aber nicht allein an der Hand einer reiferen geschichtlichen Erkenntnis und Schulung, sondern vor allem auch auf Grund der zwingenden Bedürfnisse eines Milieus, das, von der modernen Großindustrie geprägt, einen geradezu klassischen Boden für die Gemeinsamkeit der Interessen und die Gemeinsamkeit des Kampfes von Frauen und Männern des Proletariats gegen den Kapitalismus schuf. In Berlin fehlte damals dieses Milieu; das wirtschaftliche Leben wurde noch vom Kleinbetrieb und handwerksmäßigen Betrieb beherrscht; die Frauenarbeit war vor allem Heimarbeit.

(Schluß folgt.)

## Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Aber „Die Bedeutung der Frau in der Arbeiterbewegung“ referierte Genossin Wehmann-Leipzig unter großem Beifall in einer öffentlichen Versammlung zu Schleuditz. Genossin Müller begründete in der Diskussion die Forderung des Frauenstimmrechtes, und Genosse Sämisch übte Kritik an der bürgerlichen Frauenbewegung. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über den Austritt aus der Landeskirche. Der Vorsitzende gab im Anschluß daran bekannt, daß demnächst eine öffentliche Versammlung sich mit dem Thema beschäftigen wird: „Was ist Religion?“ Sie wird Herrn Superintendenten Ramin Gelegenheit geben, sich öffentlich zu der Frage zu äußern. In ihrem trefflichen Schlusswort legte die Referentin den Frauen ans Herz, ihr Wissen zu erweitern und zu diesem Zwecke einen Bildungsverein ins Leben zu rufen. Diese Aufforderung fiel auf guten Boden. Es ward beschlossen, mit den Vorarbeiten zur Gründung der Organisation die Genossinnen Schred, Müller und Schwarz zu betrauen. 33 Genossinnen zeichneten sich in die Listen als künftige Mitglieder des Vereins ein. Ein guter Anfang! A. S.

In einer öffentlichen Frauenversammlung zu Straßburg erstattete Genossin Reeh Bericht über den Pommerschen Parteitag und über ihre Tätigkeit als Vertrauensperson. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Mitgliederzahl des Frauenvereins von 7 auf 22 gestiegen ist und die „Gleichheit“ am Orte 28 Leserinnen zählt. Die Versammelten wählten die bisherige Vertrauensperson wieder und stellten auf Antrag des Genossen Horn die Genossinnen Holfater, Spieker und Niemann als Revisorinnen auf. Genosse Horn beleuchtete den Zweck des Frauenbildungsvereins und legte den Anwesenden klar, wie sie die Frauenbewegung am wirksamsten fördern können. Die Genossinnen, welche der Leitung gewerkschaftlicher oder politischer Organisationen angehören, wurden von Genossin Reeh eindringlich aufgefordert, ihre Frauen zum Lesen der „Gleich-

heit“ und zum Beitritt in den Frauenverein anzuhalten. Die Frauen sollen künftighin auch zur Zahlung freiwilliger Beiträge an die sozialdemokratische Partei herangezogen werden. Hoffentlich werden die Genossen und Genossinnen der Vertrauensperson hierbei wie bei aller übrigen Arbeit im Dienste der sozialistischen Bewegung tatkräftig zur Seite stehen. Anna Reeh.

In einer öffentlichen Versammlung in Magdeburg erstattete Genossin Mahn Bericht über Frauenkonferenz und Parteitag zu Mannheim. Sie entrollte ein Bild der gepflogenen Verhandlungen und forderte die Genossinnen auf, dahin zu wirken, daß die proletarische Frauenbewegung Magdeburgs bald ebenbürtig neben der anderer Städte stehe. In der Diskussion wurde der Antrag gestellt, unsere Vertreter im Stadtparlament zu ersuchen, für Errichtung von Kinderbewahranstalten einzutreten, in welchen Kinder ohne Berücksichtigung der konfessionellen und politischen Richtung der Eltern Aufnahme finden. Eine Mahnung der Genossin Mahn zu selbstloser, emsiger Mitarbeit schloß die Versammlung. Marie Knöfler.

Ende Oktober waren zu einer öffentlichen Frauenversammlung in Hagen, für die unter anderem auch mittels der Zeitungsboten agitiert worden war, etwa 90 Frauen und einige Männer erschienen. Sie folgten mit großer Aufmerksamkeit einem Referat der Genossin Kähler über „Die Frau als Lohnknechtin und Staatsbürgerin“. 11 der Frauen abonnierten die „Gleichheit“, die nunmehr in Hagen 160 Leserinnen hat. Der Verlauf der Veranstaltung brachte das Interesse zum Ausdruck, daß die Genossinnen an der Bewegung nehmen. Frau Maleh.

**Agitation im Kreise Zeit-Weissenfels.** Schon während des Kampfes der Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland hatte der Kreisvertrauensmann des Wahlkreises Zeit, Genosse Leopold, versucht, die Frauen zur Mitbeteiligung an der Bewegung aufzurufen. Genossin Ködel hat damals an mehreren Orten mit gutem Erfolg die Frauen zum Ausgeharn angeführt. Nun galt es, § 10 unseres Organisationsstatuts, die darin empfohlene Wahl weiblicher Vertrauenspersonen, überall zur Durchführung zu bringen und der „Gleichheit“ größeren Eingang zu verschaffen. Das ist an allen Orten auch bestens gelungen. Die Tour begann mit einer prächtigen Versammlung in Teuchern. Zwei intelligente Genossinnen erklärten sich bereit, den Posten der Vertrauensperson zu übernehmen und wurden einstimmig gewählt. Die „Gleichheit“ erhielt 120 Abonnenten. Trotz der Kälte, die am selben Tag in der ganzen Gegend stattfand war die Versammlung in Streckau vorzüglich besucht. Aus der Mitte der anwesenden Genossinnen ward eine Vertrauensperson gewählt und die „Gleichheit“ erhielt 30 neue Leserinnen. In Hohenmölsen fand unser Organ mit 60 Abonnenten Eingang. In der Gegend werden zahlreiche Frauen in den Näh- und Webstofffabriken bei schwerer ungesunder Arbeit beschäftigt, jedoch sind wenige oder gar keine davon gewerkschaftlich organisiert. Nur so war es möglich, daß während des Braunkohlenarbeiterstreiks die Männer streikten, die Frauen aber teilweise arbeiteten. Bitter rächte es sich, daß der Aufklärung der weiblichen Arbeiter nicht genügend Gewicht beigelegt worden war. In Raumburg scharten sich circa 40 Abonnentinnen um ihre neugewählten Vertrauenspersonen. Weissenfels mit seiner großen weiblichen Arbeiterkraft in der Schuhindustrie, den Papier- und Seifenfabriken hat zwar einige hundert gewerkschaftlich organisierte Frauen und Mädchen, jedoch war von einer politischen Betätigung der Proletarierinnen bisher so gut wie nichts zu spüren. In der glänzend besuchten Versammlung abonnierten nach erfolgter Wahl der beiden Vertrauenspersonen 120 Frauen und Mädchen die „Gleichheit“. Den Frauen in Zipsendorf wird besonders drastisch die „preussische Freiheit“ demonstriert. Während nämlich in dem eine Viertelstunde entfernten Rueselwitz, das zu Sachsen-Altenburg gehört, die Frauen Mitglieder politischer Vereine werden können, ohne daß das Ländchen Gefahr läuft, umgestürzt zu werden, ist das Recht der Jugendlichkeit zu politischen Organisationen beinahe in den Preussinnen verboten. Verboten ist ihnen jedoch nicht, bei zehnstündiger und elfstündiger Arbeitszeit in der Ziegelei für 1,50 bis 1,80 Mk. zu schanzeln. Den ganzen Tag dürfen sie die frischgeformten Steine, von denen ein Paar 18 Pfund wiegt, von der Presse auf die Loire sehen und die fertigen Steine verladen. Verboten ist es ihnen gleichfalls nicht, in den Webstofffabriken in Staub und Schmutz sich abzurackern, so daß sie Regern gleichen. Einige 40 Frauen meldeten sich zur planvollen Mitarbeit in der Arbeiterbewegung und zum Abonnement auf die „Gleichheit“. In der glänzend besuchten Versammlung in Zeit wurden mit einem Schlage 150 Leserinnen unserer Zeitung gewonnen. Die neugewählten Vertrauenspersonen werden in Gemeinschaft mit den Genossen die Agitation weiterführen, um ihre Zahl bald zu verdoppeln. 550 Abonnenten der „Gleichheit“ war das greifbare Ergebnis der Tour. Da in allen Versammlungen das Thema: „Der Lebensmittelwucher und die Frau als häuslicher Finanzminister“ behandelt ward, gefalteten sich dieselben gleichzeitig zu Protestversammlungen gegen die unerschwinglich hohen Lebensmittelpreise. Luise Zieh.

**Von den Organisationen.** An einem Vortragsabend, den der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Erlangen veranstaltete, sprach Genossin Stründer über „Moderne Arbeiterbewegung“. Die Vortragende schilderte das Zammerdasein, welches die Proletarierin in der Fron des Hauses und der Fabrik führt, die Konkurrenz, die sie den männlichen Arbeitern durch ihre niedriger entlohnte Arbeit mache, und sie bezeichnete es als notwendig, daß die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sich

gewerkschaftlich wie politisch organisieren und nach Erweiterung ihres Wissens streben. Die „Gleichheit“ müsse von allen eifrig gelesen werden. Sechzehn Frauen beherzigten die Mahnung der Referentin und schlossen sich dem Frauenverein an. Margarete Hättner.

In Kaiserslautern ist kürzlich ein Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse ins Leben getreten, der seine Mitglieder durch Vorträge usw. an Wissen bereichern und ihnen Gelegenheit geben will, sich durch Vektüre fortzubilden und anregende Geselligkeit zu pflegen. Als erste Vorsitzende wurde Genossin Delmut gewählt, die Aufnahmen für den Verein und Bestellungen für die „Gleichheit“ und die „Pfälzische Post“ entgegennimmt. 80 Frauen und Mädchen traten der neuen Organisation sofort bei, die eine Ausnahmegebühr und einen Monatsbeitrag von je 10 Pf. erhebt. In ihrer ersten Mitgliederversammlung referierte Genosse Klement ausführlich über die ersten 5 Punkte des sozialdemokratischen Programms, wofür ihm der Beifall der Versammelten wurde. Neue Mitglieder meldeten sich, so daß die Vereinigung nunmehr 105 Proletarierinnen umschließt. Ihrer Entwicklung ein Glückauf! k.

**Der Provinzialparteitag für das westliche Westfalen** in Bocholt beschäftigte sich auch mit der Frauenorganisation. Genosse König, der Referent zu diesem Punkte, bemängelte die geringe Beachtung, welche die Frauenbewegung bislang im Agitationsgebiet gefunden habe. Unter Hinweis auf die betreffenden Sätze des sozialdemokratischen Programms legte er die Notwendigkeit und Bedeutung des Kampfes der Proletarierinnen für die Allgemeinbewegung dar. Angeregt durch den internationalen sozialistischen Kongreß setzte die proletarische Frauenbewegung schon im Jahre 1890 im Ruhrbecken ein. Aber sie erlosch ebenso schnell, wie sie aufgelodert war. Die ungünstigen Verhältnisse ließen sie seither nur sehr langsam vorwärtsschreiten und keinen Anteil an dem allgemeinen Aufschwung der proletarischen Frauenbewegung nehmen. Die im Bezirk fehlende industrielle Frauenarbeit und die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechtes in Preußen trugen ihr gut Teil Schuld daran. Sie erschweren es, eine passende Organisationsform zu finden. Zurzeit bestehen im Agitationsbezirk in fünf Orten Frauenbildungsvereine; in 15 Orten sind die Proletarierinnen um die „Gleichheit“ geschart. Der Referent bezeichnete es als Pflicht jedes Sozialdemokraten, für die Aufklärung und Organisation der Frauen in planvoller Weise zu arbeiten. Dieser Auffassung stimmten die Delegierten in der sehr lebhaften Diskussion zu. Nur ein Redner wandte sich mit verworrenen Ausführungen dagegen. Den Beschlüssen der Frauenkonferenzen und des Jenaer Parteitags gemäß sollen in Zukunft in allen Orten weibliche Vertrauenspersonen gewählt und, wenn möglich, Frauenbildungsvereine ins Leben gerufen werden. Die Kreise sind zu veranlassen, zu den künftigen Provinzialparteitagen je eine Delegierte zu entsenden. Den in leitenden Stellungen stehenden Genossen wurde es zur Pflicht gemacht, die Frauenbewegung zu unterstützen und zu fördern. — Auf der Tagung wurden Klagen über den Mangel an agitatorischen Kräften laut. Um neue und gründlich geschulte Agitatoren heranzubilden, welche die stetig steigenden Ansprüche befriedigen können, hat man in einer Reihe von Orten Diskussions-, Rednerschulen und Unterrichtskurse eingerichtet; anderwärts stehen derartige Gründungen bevor. W. K.

**Jahresbericht der Kreisvertrauensperson des sechsten sächsischen Wahlkreises Dresden-Land.** Das vergangene Jahr war für die Genossinnen unseres Kreises eine Zeit ununterbrochener Arbeit im Dienste der proletarischen Frauenbewegung wie der sozialdemokratischen Partei im allgemeinen. Ihr unermüdliches Wirken hat dem proletarischen Klassenkampf neue zielbare Streiterinnen eingereiht. Unser Wirken galt der politischen Schulung und Organisation der Proletarierinnen. Der sozialdemokratische Kreisverein zählt jetzt 650 bis 680 weibliche Mitglieder gegen 550 im Vorjahr. Zweifellos entspricht diese Zunahme nicht der Größe des Kreises und der Ausbreitung, welche die Industrie in ihm genommen hat, es kommen in ihr die ungünstigen Verhältnisse zum Ausdruck, welche die Agitation im Kreis außerordentlich erschweren. In den ländlichen Bezirken trennen oft stundenweite Entfernungen die einzelnen Orte voneinander, und es bedarf einer ungeheuren Summe von Kleinarbeit, um das ausgebreitete Agitationsfeld — es kommen 225 Ortschaften in Betracht — gründlich zu bearbeiten. Diese Kleinarbeit stellt an die Ausdauer und Opferfreudigkeit der Genossinnen um so größere Ansprüche, als ihre Erfolge nicht unmittelbar, sondern oft erst nach Jahren zutage treten. Durch die Tat haben die Genossinnen bewiesen, daß es ihnen an dieser Ausdauer und Opferfreudigkeit nicht fehlt. Am erfolgreichsten erwies sich ihre Wirksamkeit dort, wo die Genossinnen in enger Verbindung mit den tätigen Genossen standen. Es fanden zahlreiche Versammlungen, Wanderversammlungen und Besprechungen statt, in denen zeitgemäße Themata behandelt und die Proletarierinnen zum Kampfe wider die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufgerufen wurden. Außer der Unterzeichneten und verschiedenen Genossinnen referierten in den Versammlungen unter anderen die Genossinnen Duncker und Kähler. Mit Freuden begrüßt muß die Tatsache werden, daß die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen mehr und mehr beginnen, in die Diskussionen einzugreifen. Sie lernen auf diese Weise, ihren Gedanken Ausdruck zu geben und ihre eigenen Ansichten zu entwickeln. Die Genossinnen nahmen an allen Parteiarbeiten teil; sie fehlten insbesondere nie bei der Verbreitung von Flugblättern, Laufzetteln usw. Auch der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen wandten sie ihr Augenmerk zu, unter anderem wohnten sie einer stattlichen Reihe von Fabrikbesprechungen bei. Auf Anregung der Genossin

Duncker wurde eine Kommission von Genossinnen gewählt, welche die Innehaltung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes zu überwachen hat. Es gehören ihr an die Genossinnen Noack, Wimmer und Friebe; demnächst soll die Kommission noch durch einige Mitglieder verstärkt werden. Den Genossinnen wurde zur Pflicht gemacht, die Kommission bei ihrer Arbeit zu unterstützen. — Mit dem Wachstum der proletarischen Frauenbewegung steigern sich die Aufgaben der Kreisvertrauensperson. Es wird mit der Zeit unmöglich, daß eine einzige Genossin allen den Anforderungen gerecht werden kann, welche die Leitung der Agitation eines so ausgedehnten Kreises an sie stellt. Die Unterzeichnete, die außerdem durch auswärtige Agitation viel in Anspruch genommen ist, legte deshalb am Schlusse des Berichtsjahres ihr Amt als Kreisvertrauensperson nieder, das ihr Stih und Stimme im Vorstand der Parteiorganisation verlieh. Eine Beratung zwischen Genossinnen und Genossen führte zu dem Beschluß, in die einzelnen Gruppenverwaltungen des sozialdemokratischen Kreisvereins Genossinnen zu wählen, die an dem betreffenden Ort ihren Wohnsitz haben und mit den Verhältnissen vertraut sind. Verschiedentlich ist schon demgemäß gehandelt worden, so in Löbtau, Naustitz, Cotta, Pötschappel und Schmiedeburg, wo die Wahl auf die Genossinnen Noack, Behnert, David, Mayer und Albrecht gefallen ist. Diese Wendung der Dinge wird der proletarischen Frauenbewegung ohne Zweifel einen neuen Aufschwung geben. Ihrem Gelübde getreu, im Dienste ihres Ideals nicht zu erlahmen, werden die Genossinnen trotz aller Schwierigkeiten nach wie vor die Proletarierinnen zu wehrhaften Kämpferinnen schulen. Die Unterzeichnete hat mit ihrem Posten nicht ihre Mitarbeit in der Bewegung niedergelegt. Sie widmet weiterhin wie die Genossinnen alle ihre Kraft und Zeit unserer gerechten Sache. Marie Wadwig.

### Politische Rundschau.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten. Er fände genug zu tun, um den wachsenden Unwillen des Volkes über unsere Zustände und die verderbliche Politik der Regierung zum Ausdruck zu bringen und für Besserung zu sorgen. Unter der Fleischnot leidet die Bevölkerung mehr als je, denn um 20, 30 Pf. teurer ist das Pfund Fleisch allmählich geworden, weil durch hohe Zölle und Grenzsperrn die Einfuhr ausländischen Fleisches verteuert oder ganz ferngehalten wird. Das wirkt aufrüttelnd auf so manchen Mann und so manche Frau, die bisher gedankenlos nach alter deutscher Philistergewohnheit durch das Leben einhergedröhrt sind. Sogar die Brotwucherparteien des Reichstags, wenigstens die der mittleren Linie, das Zentrum und die Agrarier zeigten sich nicht unberührt von der wachsenden Mißstimmung. Zur Aussprache ist es jedoch noch nicht gekommen, da die Regierung durch ein eigentümliches Mittel sich eine Galgenfrist erkaufte. Sie hat endlich den Herrn von Podbielski ausgeschieden. Diese Trennung wurde bis zum letzten Augenblick hinausgeschoben, und sie ist zweifellos auch wegen der Lippelskirchischen Vergangenheit dieses Herrn, nicht aber wegen seiner Begünstigung der agrarischen Lebensmittelpolitik erfolgt. Die Erwartung, daß ein anderer Agrarier gleichen Kalibers an seine Stelle treten werde, hat sich ja schon bestätigt in der Ernennung des Herrn von Arnim-Grüewen, der den Podbielskurs munter weiter steuern wird. Über dieser Ministerwechsel hat der Regierung die recht erwünschte Handhabe gegeben, die Beantwortung der von Seiten der sozialdemokratischen und freisinnigen Partei eingebrachten Interpellationen wegen der Fleischnot auf einige Zeit zu vertagen. Indes, entgegen wird sie dem Strafgericht natürlich nicht.

Vorläufig ist es nur zu einer bedeutsameren Auseinandersetzung gekommen, nämlich über die auswärtige Politik. Da hatten die Nationalliberalen gedroht, gar erschrecklich der Regierung die Leviten zu lesen, weil sie das Deutsche Reich durch ihre Zirkuspolitik isoliert und diskreditiert habe. Ja, diese edlen Hurratrioten hatten sogar dem persönlichen Regiment Fehde angeflagt. Herr Bassermann war dazu auserkoren, die Patriotensposaune zu blasen. Es war auch danach! Es wurde nur ein piepziges Vielstötengedudel, durch das noch nicht einmal der dürftigste Geheimrat im auswärtigen Amt, geschweige denn das persönliche Regiment ins Wochshorn gejagt werden konnte. Die Wassermäusel gab dem Reichskanzler die erwünschte Gelegenheit, durch eine 2stündige Rede zu beweisen, daß er sich wieder im Zustand normaler Ministergesundheits befindet. Weiter reicht die Beweiskraft der Bälowschen Rede allerdings nicht. Der Reichskanzler sucht Deutschlands Beziehungen zum Ausland im rosigsten Lichte zu zeigen, indem er alles vom Standpunkt des Diplomaten aus erörtert, der durch Ausnutzung des höfischen Intrigenspiels eine vorteilhafte Meinung der maßgebenden Persönlichkeiten in fremden Ländern für sich und seine heimische Regierung herbeizuführen sucht. Dabei gab er allerhand gute Lehren für angehende Diplomaten zum besten. Früher hatte er ihnen schon geraten, sich eine Rhinoceroshaut zuzulegen; jetzt wünscht er diesen äußeren Panzer im Innern noch durch eine Chamäleonsnatur vervollständigt zu sehen. Möglich ist es ja, daß ein so begabter Jüngling in der Diplomatenaufbahn vortrefflich vorwärts kommen wird, besonders wenn er über genügend Puste verfügt, um bei der Karrierechance nicht zurückzubleiben. Aber die Diplomaten haben glücklicherweise für die Gestaltung der Wälder Geschichte mehr und mehr an Bedeutung verloren, wenn auch die Zeit noch nicht gekommen ist, wo die Geschöpfe mit dem Chamäleoncharakter, der Rhinoceroshaut und den Tanzmaitremanieren nur noch in Wachstümpfenkabinetten gezeigt werden können. Über die Grundzüge seiner Politik glitt der Reichskanzler jedoch,

wie üblich, mit ögiger Glätte hinweg. Er hat ja auch an Grundzügen kaum etwas zu enthüllen, wenn man nicht das als Grundsatz gelten lassen will, daß das agrarische Interesse auch bei den Beziehungen zu den fremden Staaten in der Handelspolitik nach Möglichkeit gefördert werden soll. Für die Schwierigkeiten und Nachteile, die Deutschland aus der Regierungspolitik im Ausland erwachsen sind, machte er in der Hauptsache die überseeischen Beziehungen verantwortlich. Damit hat er in gewisser Weise allerdings recht. Nur sind es nicht die Handelsbeziehungen an sich, die dafür verantwortlich sind, sondern die falsche Politik, die die Reichsregierung, zur Förderung der deutschen Überseeinteressen glaubt einschlagen zu müssen. Der Erwerb der Sandwüsten und Sumpfländer in Afrika, des Plahes an der Sonne in China ist keinesfalls nötig zur Entwicklung des deutschen Handels. Diese Erwerbungen kosten uns viel mehr, als alle Handelsvorteile wert sind, die uns dort erwachsen. So steht es auch mit den Einmischungen Deutschlands in alle Weltkriege, die irgendwo ausbrechen mögen. Einen wirklichen Vorteil, selbst nur vom Standpunkt des kapitalistischen Interesses aus, haben sie Deutschland, der deutschen Industrie und dem deutschen Handel nicht gebracht. Im Gegenteil, die nervöse Betätigung phantastischer Großmannsucht, die dem deutschen Michel aus allen Poren schwißt, seitdem er in der panzerartigen Verkleidung eines weltvolkstümlichen Hansdampf in allen Gassen auf dem Ozean umherzickt, hat den Argwohn bei allen fremden Nationen erregt, daß es dabei zu einem großen Weltkrieg kommen muß. Und daß eine solche Stimmung dem deutschen Handel, dem Absatz der deutschen Industrie im Ausland nicht zuträglich ist, das müßte selbst ein rhinoceroshäutiges Chamäleon einsehen können. G. L.

### Genossenschaftliche Rundschau.

Das vierte Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, herausgegeben vom Sekretär des Verbandes, ist kürzlich erschienen. Das stattliche Werk, das wie seine Vorgänger die moderne deutsche Konsumvereinsbewegung innerhalb eines Jahres darstellt, liegt zum erstenmal in zwei Bänden vor. Zweifellos ein großer Vorzug und Fortschritt der fast 1100 Seiten starken Arbeit. Ich habe schon früher an anderer Stelle auf die Wichtigkeit des Jahrbuchs als Sammel- und Nachschlagewerk hingewiesen und möchte diese Wichtigkeit auch hier hervorheben. Zur Kenntnis nicht nur der neueren, sondern der deutschen Konsumvereinsbewegung überhaupt sind diese Jahrbücher unentbehrlich. Sie geben ein treues Spiegelbild der Entwicklung des modernen Konsumvereinswesens, wie der Strömungen und Tendenzen, die es beherrschen. Sie zeigen, welche Aufgaben es sich stellt, und wie man diese Aufgaben zu lösen versucht. Besonders für die Genossenschaftler, welche die Sache im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung und im Zusammenklang mit ihr gefördert wissen wollen, sind die Jahrbücher ein brauchbares Hilfsmittel zur Orientierung. Sie enthalten die Vorstands- und Sekretariats-Jahresberichte und die Protokolle der Verbandstage des Zentralverbandes, der sieben Unterverbände und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, sowie eine Übersicht der Genossenschaftsbewegung im Ausland. Fast alles Wesentliche, was im Laufe eines Jahres zur Sache geschrieben und gesprochen wird, ist hier wiederzufinden. Die Anschaffung des technisch vorzüglich ausgestatteten Werkes ist jedem zu empfehlen, der sich ernstlich mit der deutschen Genossenschaftsbewegung beschäftigen will.

Der Zentralverband österreichischer Konsumvereine hielt am 26. und 27. Oktober seinen fünften Verbandstag in Prag ab. Der österreichische Zentralverband ist gleich dem deutschen die selbständige Vereinigung der auf modernem Boden stehenden Konsumvereine. Er ist auch unter ähnlichen Verhältnissen wie der reichsdeutsche Zentralverband entstanden. Was in Deutschland in der kleinbürgerlichen Genossenschaftsbewegung ein Herr Dr. Krüger ist, das ist in Österreich Herr Wrabetz, Anwalt des alten Genossenschaftsverbandes. Beide belämpfen in kurzschichtigster Weise die moderne Konsumvereinsbewegung, die in beiden Ländern sich rasch vorwärts entwickelt, befreit von dem rückständigen Einfluß der alten Verbände. Der Verbandstag war von 148 Delegierten besucht. Aus dem Bericht des Vorstandes ist ersichtlich, daß dem Verband 881 Genossenschaften angehöre; 75 traten im letzten Jahre bei. Nach dem Vorbild des deutschen Verbandes erklärte man sich durch Annahme einer Resolution für gewisse Grundzüge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen. Auch die Errichtung einer Unterstützungskasse für die Angestellten wurde im Prinzip beschlossen. Zur Stärkung der Bewegung im böhmischen Gebiet soll in nächster Zeit ein Sekretariat in Prag errichtet werden. Neue Distriktsverbände will man für Schlesien und die böhmischen Vereine Mährens gründen. Der Zentralverband ist dem Internationalen Genossenschaftsbund beigetreten.

Mit der Unterstützung der Produktivgenossenschaften beschäftigte sich der Verbandstag ebenfalls. Es wurde eine Resolution angenommen, die in ihrem ersten prinzipiellen Satz sagt: „Produktivgenossenschaften haben nur dann Anspruch auf die Unterstützung der Konsumvereine, wenn sie im Geiste der modernen Genossenschaftsbewegung geführt und auf solider Grundlage errichtet sind. . . . Neu zu gründende Produktivgenossenschaften dürfen nur dann Anspruch auf Unterstützung durch die Konsumvereine erheben, wenn ihre Gründung unter Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgt und die Gewähr einer soliden Grundlage geboten ist. Dagegen sind Produktivgenossenschaften, die vom Verbandsvorstand als im modernen Geiste

geleitet erklärt werden, sowohl durch den Verbandsvorstand als auch durch die einzelnen Konsumvereine in jeder Weise zu fördern.“ Ein Antrag, der in der Hauptsache den Standpunkt eingenommen wissen wollte, den der Zentralverband in Deutschland vertritt, wurde abgelehnt. Er lautete: „Der Verbandstag erklärt, daß für die Konsumvereine als letztes Ziel nur die Produktion auf Grundlage des organisierten Konsums der Massen für die Massen sein kann, und fordert deshalb alle Vereine auf, den Ausbau der Konsumvereine kräftig zu fördern, damit dieses Ziel erreicht werde.“ Es ist nicht recht verständlich, warum man sich in Prag nicht zu diesem gesunden Prinzip bekennen wollte. — An den Verbandstag schloß sich die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine. Nach dem Geschäftsbericht setzte die Gesellschaft in zehn Monaten für 5505776 Kronen Waren um, ein hübscher Achtungserfolg im ersten Jahre. In allen ihren Einrichtungen und Zielen folgt die moderne Konsumvereinsbewegung in Österreich der deutschen.

Die englische und die schottische Großeinkaufsgesellschaft erzielten zusammen im ersten Halbjahr 1906 einen Umsatz von 284536500 Mk.: 2021000 = 7,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon entstammten Waren für 81896000 Mk. der eigenen Produktion.

In Schottland wird die Vereinigung der verschiedenen Konsumvereine zu einem einzigen mächtigen Betriebe erstrebt. Zunächst plant man die Bildung von vier Bezirken, deren jeder eine Anzahl Vereine zusammenfassen soll. Einen gleichartigen Plan hat für England mit seinen 2¼ Millionen, heute in etwa 1800 Vereinen organisierten Konsumenten der Generalsekretär Gray auf der letzten Jahresversammlung des Genossenschaftsverbandes entwickelt. Die Idee eines derartigen riesenhaften „Genossenschaftsstaates“ hat viel Verlockendes, freilich auch so viele Bedenken gegen sich, daß in absehbarer Zeit auf ihre Verwirklichung nicht zu rechnen ist. —

Die französischen sozialistischen Konsumvereine haben einen kräftigen Schritt vorwärts getan durch Gründung einer Großeinkaufsgesellschaft, die mit nahezu 50000 Mk. Kapital zu arbeiten anfängt. Es gehören dazu vier Landesverbände, von denen der der Bretagne bereits eine eigene Dampfmühle betreibt. Vom Überschuss sollen 45 Prozent der Reserve zufließen, 15 Prozent für sonstige genossenschaftliche Zwecke, 20 Prozent für sozialistische Erziehung verwandt und nur 20 Prozent verteilt werden. Leiter ist der Parteigenosse Helies. H. Fl.

### Notizenteil.

#### Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

**Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen.** Unsere Gegner wenden bekanntlich viel Liebesmäh daran, die Arbeiterinnen vor dem Eintritt in die „roten“ Gewerkschaften zu warnen. Sie wissen gar viel über die agitatorischen Erfolge der christlichen usw. Gewerkschaften zu erzählen und höhnen darüber, daß es den Zentralverbänden doch nicht gelänge, die Massen der Industriearbeiterinnen zu organisieren. Wir haben noch nie mit der Zahl der Arbeiterinnen gepöhlert, die in den Zentralverbänden organisiert sind. Dazu liegt wahrhaftig kein Grund vor, wenn man der Zahl der Industriearbeiterinnen die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder gegenüberstellt. Aber wir hatten berechnete Ursache, uns der relativ äußerst günstigen Erfolge zu freuen, welche unsere Agitation in den letzten Jahren betrefis der Organisierung der Arbeiterinnen erzielt hat. Das Werk des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiterinnen ist äußerst schwierig, aber es ist nicht hoffnungslos. Das war die Lehre, die wir aus den Tatsachen zogen. Sie ist aufs neue durch die Statistik über die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905 bestätigt worden. Und ein Vergleich zwischen der Zahl der organisierten Arbeiterinnen in den „roten“ Gewerkschaften und den tugendhaften „blauen“ Konkurrenzorganisationen läßt die Hoffnungen der Gegner eitel erscheinen, das „Frauengemüt“ der Arbeiterinnen würde sich mehr zu den sanfteren Organisationen der Harmoniebusche hingezogen fühlen, als zu den Kampfsorganisationen gegen das ausbeutende und knechtende Kapital.

Zum Beweise dafür ein paar vergleichende Zahlen. In den Jahren 1900 bis 1905 nahmen an Mitgliedern insgesamt zu: die Zentralverbände um 97 Prozent, die Hirsch-Dunderschen um 27 Prozent und die Christlichen um 65 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Zentralverbänden ist in den Jahren 1900 bis 1905 von 22844 auf 74411 gestiegen, also um 51667 = 225,8 Prozent. Für die anderen zwei Hauptzweige der Gewerkschaftsorganisationen, die Christlichen und Hirsch-Dunderschen, fehlen uns leider vergleichende Zahlen für diesen Zeitraum. Von dem Händchen voll Arbeiterinnen abgesehen, die sich im Frauengewerkschaftenverein um ein paar Ehrendamen gruppieren, verzeichnen die Hirsch-Dunderschen Organisationen überhaupt keine weiblichen Mitglieder. Die Christlichen führen am Schlusse des Vorjahres 11901 weibliche Mitglieder auf, darunter 6150 Textilarbeiterinnen, dann 3077 Heimarbeiterinnen, 1014 Hilfs- und Transportarbeiterinnen, 942 Labarbeiterinnen usw. Vergleichende Zahlen über die Zunahme der weiblichen Mitglieder in den letzten Jahren fehlen auch hier. Die Tatsache, daß diesen 11901 weiblichen Mitgliedern in den christlichen Gewerkschaften 74411 freie Gewerkschafterinnen gegenüberstehen, beweist gewiß, daß der Hoffnungsweizen der Scharfmacher und „guten Freunde“ der Arbeiterinnenorganisation nicht allzu äppig in die Salme schießen wird. Den Organisationen, die vom „sozialen Frieden“ träumen, scheint die Werkkraft auf die Arbeiterinnen zu fehlen, die sie sich gern andichten. #

### Dienstbotenfrage.

Die erste Generalversammlung der Münchener Dienstbotenorganisation tagte Mitte Oktober. Gewerkschaftssekretär Genosse Jakobson hielt einen Vortrag über die Geschichte der Dienstmädchen, dem die Zuhörer reichen Beifall zollten. In einer nächsten Versammlung wird der Referent seinen Vortrag fortsetzen. Die Vorsitzende schickte ihrem Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses voraus, daß die Generalversammlung hauptsächlich darüber Klarheit zu schaffen habe, ob der Münchener Verein als selbständige Organisation oder als Filiale der Nürnberger zu betrachten sei, und schilderte dann die Entwicklung der Münchener Dienstbotenbewegung, für welche die organisierten Genossinnen die Vorarbeiten geleistet haben. Ihrer intensiven Agitation war es zu danken, daß die erste Versammlung 200 Anmeldungen für die neue Organisation ergab. Die Hauptaufmerksamkeit hat die Leitung des Vereins der Stellenvermittlung gewidmet, welche auf Vorschlag der Genossin Grünberg zunächst der Leiterin des Arbeitsnachweises der Kellnerinnen anvertraut wurde. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß es zweckmäßiger ist, eine eigene Leiterin für die Vermittlung auf bestimmte Tagesstunden anzustellen. Im Sommer waren gut zwei Drittel der Mitglieder vereist, es fanden daher im ganzen nur drei Versammlungen mit Referaten statt. Die sämtlichen übrigen Geschäfte wurden in sieben Sitzungen mit den organisierten Frauen, fünf engeren Ausschusssitzungen und zwei Vorgesprechungen erledigt. Fast an allen Sitzungen nahm Genosse Jakobson teil. Da die bisherige Stellennachweisleiterin in der Versammlung nicht anwesend war, konnte nur kurz mitgeteilt werden, daß seit dem 6. Mai 65 Aufträge und 71 Nachfragen eingegangen waren und 59 Stellen fest besetzt wurden. Mit der Einnahme, zu welcher der Gewerkschaftsverein einen Zuschuß von 154,40 Mk. geleistet hat, deckt sich die Ausgabe von 273,40 Mk. In der Diskussion zur Statutenänderung begründete Genosse Jakobson unter Hinweis auf die den Mitgliedern laut Statut versprochenen großen Leistungen eine Erhöhung der Beiträge auf 50 Pf., die einstimmig angenommen wurde. Laut Beschluß wird der Verein fortan als selbständige Organisation gelten und den Namen führen: „Verein der Dienstmädchen, Zugehörigen, Putzfrauen und Wäscherinnen für München und Umgebung“. Die Versammlung stimmte einigen unwesentlichen Änderungen des Statuts zu. Der alte Vorstand, bestehend aus den Genossinnen Timm, Stiegler und Schmidt, wurde wiedergewählt und durch sieben weitere Mitglieder ergänzt, unter denen sich außer Genossin Mauerer sechs Dienstmädchen befinden. Zur Leiterin des Arbeitsnachweises wählten die Versammelten Genossin Lachermeier. Der Nachweis ist von nun an nur wochentags vormittags von 8 bis 12 Uhr geöffnet und befindet sich im Café Dall'armi, Frauenplatz 6, I. Eing. Dort kann auch der Beitrag entrichtet und die „Gleichheit“ in Empfang genommen werden. **Josefine Schmidt.**

### Die Dienstbotenbewegung in Frankfurt a. M.

Sehr kräftig hat die Dienstbotenbewegung dank der Agitation der Genossinnen in Frankfurt a. M. eingeseht. Es erfolgte die Gründung eines Vereins, der bereits 500 Mitglieder zählt. Schon vor drei Jahren hatten die Genossinnen in Frankfurt a. M. den Versuch gemacht, eine Organisation der Dienstboten zu schaffen. In der hierfür einberufenen Versammlung erschienen jedoch nur ein einziges Mädchen. Die Genossinnen rechneten deshalb damit, daß sich ihren Bemühungen zur Organisierung der Dienstboten große Schwierigkeiten in den Weg stellen würden, zumal da in Frankfurt die Löhne der Mädchen verhältnismäßig hoch sind. — Die erste Versammlung wurde für den Nachmittag des 4. November in den „Wirttenberger Hof“ einberufen. Zur Agitation dafür hatten die Genossinnen auf den Tanzböden und in den Häusern ein kleines Flugblatt in 5000 Exemplaren verteilt. Der für die Versammlung gewählte Saal war klein und faßte nur etwa 150 bis 200 Personen. Es wurde befürchtet, daß er bei weitem nicht besetzt würde. Aber welche Überraschung! Schon vor der festgesetzten Zeit war der Saal überfüllt. Dicht gedrängt standen die Mädchen bis auf die Straße hinaus, so daß wir uns entschließen mußten, das Lokal mit einem weit größeren in derselben Straße zu vertauschen. Auch dies war im Nu überfüllt, trotzdem Tische und Stühle aus dem Saal entfernt wurden. Hunderte von Mädchen mußten umkehren, da sie keinen Platz mehr finden konnten. Genossin Rudolph eröffnete die Versammlung und gab Genossen Habicht das Wort zu seinem Referat über „Zweck und Nutzen einer Organisation“. Der Redner schilderte die Dienstbotenverhältnisse der Vergangenheit und Gegenwart, gab Auszüge aus den verschiedenen Gesindeordnungen und führte hin und wieder unter dem Beifall der Versammlung Fälle traurigen Dienstbotenlebens an.

Da erschien plötzlich ein Schuhmann und löste die Versammlung auf, weil sie nicht in dem angemeldeten Saal lagte. Hatten wir gefürchtet, daß das Erscheinen der Polizei die Mädchen einschüchtern würde, so erfuhren wir das Gegenteil. Auf unsere Mitteilung, daß am folgenden Sonntag eine Versammlung in einem größeren Lokal stattfinden würde, antwortete uns ein brausendes „Hurra!“ „Wir kommen alle wieder und bringen unsere Freundinnen mit!“ Als der Polizeibeamte das zweite Mal erschien, da ihm die Räumung des Saales nicht schnell genug ging, wurde er mit lärmenden Zurufen empfangen: „Hauptmann von Röpentin“ usw. Es war eine Begeisterung und eine Kampfesstimmung unter den Mädchen, wie wir sie uns nicht hätten träumen lassen. Und das war mit ein Verdienst der weisen Polizei, die der einseitigen Bewegung keinen besseren Dienst

hätte leisten können, als sie mit ihrem Vorgehen getan. Die Mädchen folgten unserer Aufforderung zu einem geselligen Beisammensein in der „Hopfenblüte“ fast vollzählig. Hier wurden die ersten Mitglieder für die zu gründende Organisation gewonnen.

Die nächste Versammlung fand am 11. November statt in einem der größten Säle Frankfurts. Die Mädchen hatten ihr Wort gehalten. Es waren annähernd 1000 Personen erschienen. Arbeitersekretär Genosse Stolt referierte über „Die Lage der Dienstboten“ und gab an der Hand eines reichhaltigen Materials ein getreues Bild der vielfachen Leiden der armen Hausklavinnen. Er forderte Abschaffung der Gesindeordnung und der Dienstbücher, sowie der bestehenden Stellenvermittlungen. Wenn von den 20000 Dienstboten Frankfurts nur 1000 organisiert sein werden, so meinte er, kann schon ein gehöriger Druck auf die „feinen“ Herrschaften ausgeübt werden, die jetzt in ihren Mädchen Menschen vierter Ordnung sehen, denen sie unwürdige Behandlung und mangelhafte Nahrung bieten. Die Versammelten tauschten atemlos den Ausführungen und unterbrachen dieselben hin und wieder durch zustimmende Rufe. Genosse Dorsch begrüßte namens der organisierten Arbeiterschaft die Versammlung und forderte, ebenso wie die Genossinnen Mirus und Schulze, zum Eintritt in den Verein auf. Als Genossin Rudolph die Diskussion eröffnete, meldete sich anfangs niemand. Erst auf wiederholtes Zureden kam zaghaft ein Mädchen nach dem andern, um in ergreifender Weise die erlebten Leiden vorzutragen. Was für traurige Zustände aus der glänzenden Stadt Frankfurt kamen da ans Tageslicht! Wir werden in nächster Nummer Beispiele davon veröffentlichen, welche die Diskussionsrednerinnen in dieser und der folgenden Versammlung anführten. Leider konnten eine Anzahl Mädchen nicht mehr zum Wort kommen, da der Saal geräumt werden mußte. Genossin Rudolph verteilte sie auf die nächste Versammlung im Saal des Gewerkschaftshauses. — Die 250 Mitglieder, welche uns diese Versammlung gebracht hatte, stieg in der folgenden vom 18. November auf 500. Die Christlichen hatten zur selben Zeit, wo sie im Gewerkschaftshaus stattfand, in der Dominikanergasse eine Versammlung einberufen und setzten alles daran, einen Keil in unsere junge Bewegung zu treiben. Sie verteilten auf der Straße, auch vor unserem Lokal, ihre Flugblätter und wiesen die zögernden Mädchen in ihre Versammlung, indem sie ihnen sagten, die Veranstaltung im Gewerkschaftshaus fielen aus. Einige unserer Genossinnen, die wir notgedrungen vor ihrem Lokal postieren mußten, wurden mit echt christlicher Nächstenliebe tätlich angegriffen. Trotz aller Tücken war unsere Versammlung überfüllt. Über 1000 Mädchen folgten gespannt den sachlichen, interessanten Ausführungen des Genossen Stolt, der auch diesmal nur Material aus seiner Praxis als Arbeitersekretär gab. Besonders wies er auch auf die sittlichen Gefahren hin, denen die Mädchen ausgeföhrt sind, die dadurch nicht selten der Prostitution in die Arme getrieben werden. Lebhafte Zustimmung fand die vom Referenten vertretene Forderung einer Extrabehaltung von Nachtwachen bei den Kindern oder das „Schlafen“ auf dem Sofa (wobei bei Ärzten auf das Telephon geachtet werden muß), während die Herrschaft die Nacht auf dem Ball ist; Beifällig wurde auch die Ankündigung aufgenommen, daß der Dienstbotenverein die Stellenvermittlung selbst in die Hand zu nehmen und ein Mädchenheim zu gründen gedenkt. Wie sehr der Vortragende den Zuhörerinnen mit seinen Ausführungen über Stellenwucher und die Intoleranz der Christlichen aus dem Herzen gesprochen, bewies der wiederholte lebhafteste Beifall. Genossin Rudolph ging auf die mehrfach geäußerte Furcht der Mädchen vor den Herrschaften ein. Sie betonte, daß die Mädchen sich nicht als Sklavinnen, sondern als freie Arbeiterinnen fühlen sollen. Dazu mußten sie sich Aufklärung verschaffen und ihren Verein auf jede Weise stärken. Sie verurteilte das Vorgehen einiger Damen in der Hansa-Allee, die sich verbündet hatten und ihre Mädchen an ihrem freien Sonntagnachmittag so lange beschäftigten, bis die Versammlung aus war. Die Mitteilung, daß ein Mädchen in Wiesbaden zwei Tage tot in der Kammer lag, ehe die Herrschaft sein Verschneiden bemerkte, wurde mit lauten Pfuirufen entgegengenommen. — Die Diskussion entrollte wieder Bild auf Bild des Dienstbotenlebens. In große Bewegung geriet die Versammlung, als zwei später kommende Mädchen ihre Erlebnisse aus der christlichen Veranstaltung berichteten. Die Mädchen waren bereits am Sonntag vorher Mitglieder unseres Vereins geworden. Es war aber den Christlichen gelungen, sie mit der Behauptung, daß unsere Versammlung ausfiel, in ihre eigene zu locken. Die Mädchen wurden dort förmlich gezwungen, einen Beitrittschein zum christlichen Verein zu unterschreiben und 80 Pf. zu zahlen (30 Pf. für Eintritt und 50 Pf. Monatsbeitrag). Erst nach und nach wurde den Getäuschten klar, daß sie sich am falschen Orte befanden, und sie kamen mit Empörung im Herzen zu uns. Trotz der vielen Nähe und der unsauberen Mittel, mit denen die Christlichen gegen uns gearbeitet hatten, waren nur 43 Mädchen in ihrer Versammlung.

Alle Mädchen, die im Gewerkschaftshaus das Wort ergriffen, waren sich einig, daß die Gründung unseres Vereins einem lange gefühlten Bedürfnis abhelfe. Es erfolgte die Wahl eines provisorischen Vorstandes. Als erste Vorsitzende wurde Frau Rudolph, als zweite Frau Mirus als Schriftführerin Frau Schulze und als Kassiererin Frau Tesch gewählt. Zu Beisitzerinnen beziehungsweise Revisorinnen wurden fünf Dienstmädchen bestimmt. Genossin Rudolph teilte noch mit, daß das Bureau des Vereins sich im Gewerkschaftshaus, zweiten Stock befindet und vorläufig für die Stunden von 9 bis 11 Uhr vormittags und 5 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet sei. Das Bureau wird von einer Frau geleitet, nimmt Beschwerden der Dienst-

mädchen, Beitrittserklärungen zum Verein und Mitgliedsbeiträge entgegen, erteilt Auskunft und Rat und gibt die „Gleichheit“ für die Mitglieder aus. Genossin Rudolph empfahl das Bureau zur fleißigen Benutzung und brachte zum Schluß ein dreifaches Hoch auf den Verein aus, in das begeistert eingestimmt wurde. Bei Konzert, Gesang und Tanz verbrachten die Mitglieder noch einige gemüthliche Stunden. — Von allen Seiten traten die Mädchen leuchtenden Auges und dankbaren Herzens auf uns zu. Immer wieder drückten sie ihre Freude aus, daß endlich einmal an sie gedacht wurde und man sich ihrer liebevoll annehme. Daß sich stark äußernde Bedürfnis nach Aufklärung, die Begeisterung und das Vertrauen der Mädchen war den Genossinnen der schönste Lohn für die vergangenen arbeitsreichen Wochen. Allerdings dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, sondern müssen fleißig weiter wirken, damit wir in Kürze das Tausend Mitglieder voll haben. **M. R.**

### Zur Frage des Dienstvertrags.

**Zur Erwiderung.** Zum Bericht der Nürnberger Dienstbotenversammlung hat ja die Redaktion der „Gleichheit“ sich die Freiheit erlaubt zu antworten. Es soll nun dahin gestellt bleiben, ob es der Redaktion der „Gleichheit“ zuliegt, auf die internen Fragen einer Organisation in dieser Weise einzugehen, gewissermaßen der Nürnberger Organisation aus ihrem Vorgehen einen Vorwurf zu machen.

Wie liegen denn nun die Dinge? In Nr. 21 der „Gleichheit“ wird ein Gesindevertrag veröffentlicht, den Genosse Stadthagen auf Veranlassung der Berliner Genossinnen ausgearbeitet hatte und der von sämtlichen Organisationen der Dienenden anerkannt werden soll, und daß nur auf Grund eines derartigen Dienstvertrags Dienstverhältnisse eingezogen sind. Der Vertrag an sich enthält nun so weitgehende Forderungen, daß, wenn heute eine Dienstbotenorganisation herläme und imstande wäre, diesen Vertrag sofort durchzudrücken, dieser Dienstbotenorganisation ein Ehrendiplom verabreicht werden müßte, weil ja dann die Dienstbotenorganisation die russische Revolution übertreffen hätte. Aber da Deutschland nicht Rußland ist und die Dienstbotenbewegung keine russische Revolution ist, kann ihr unmöglich zugemutet werden, in der in Nr. 21 der „Gleichheit“ vorgeschlagenen Art vorzugehen, wenngleich auch dafür sprechen würde Ausnützung der günstigen Position der Dienstbotinnen.

Wer den Vertrag aufmerksam durchgelesen hat und nur einigermaßen mit der gewerkschaftlichen Taktik bewandert ist, wird zugeben müssen, daß zur Durchführung dieses Vertrags eine geschulte, aufgeklärte und feststehende Arbeiterklasse gehört. Nun ist aber die Organisation der Dienstmädchen ganz jung, und die Dienstboten sind erst durch die Aufrüttelung der Organisation zum Bewußtsein ihrer schlechten Lage gekommen, mithin kann von einer geschulten und feststehenden Arbeiterklasse noch keine Rede sein. Wenn nun von dieser Organisation verlangt wird, sie müsse den Dienstvertrag anerkennen, dann würde sie vielleicht dieses tun und dem zustimmen, weil sie ja auf der anderen Seite von der Tragweite dieses Beschlusses keine richtige Vorstellung hat. Und gegebenenfalls, daß denjenigen, die in der Versammlung sind diese Aufklärung zuteil werden könnte, würde ein großer Teil Mädchen, die nicht in der Versammlung waren, trotzdem keine Abnung davon haben. Die Tragweite eines derartigen Beschlusses trifft für alle Mitglieder zu. Die Tragweite wäre aber dieselbe wie in anderen Gewerkschaften, daß wenn dort ein derartig weitgehender Beschluß gefaßt, derselbe auch durchgeführt werden muß.

Würde nun ein Mädchen durch unseren oder privaten Stellennachweis eine annehmbare Stelle bekommen können, den heutigen Verhältnissen angemessen, und es würde sich nur darum drehen, daß die Herrschaften den vorgelegten Gesindevertrag nicht unterschreiben, und das Mädchen würde trotz alledem den Dienst antreten, dann wäre die Konsequenz des Beschlusses (bezüglich keine Stelle annehmen ohne Bewilligung des Gesindevertrags) durchzuführen und das Mitglied aus dem Verein auszuschließen. — Die Folge wäre Zerrüttung unserer jungen Organisation und damit Gefährdung des ganzen Dienstbotenvereins. Es sind eben zweierlei Sachen, ob man etwas propagiert, oder ob man das Vorgesagte in diesem Falle den Gesindevertrag, annehmen läßt.

Es heißt ja auch in der „Nachschrift der Redaktion“, die Mädchen müssen daran gewöhnt, dazu erzogen werden, ihre Interessen mutvoller zu vertreten. Dadurch gibt man ja selber zu, daß die Mädchen heute noch nicht so weit sind, sondern erst dazu erzogen werden müssen. Und wenn die Mädchen erst dazu erzogen werden müssen, so stehen sie eben selbst noch nicht hinter den Forderungen und es würde dadurch innerhalb der Organisation ewige Reibungsflächen geben, die man im Interesse der jungen Dienstbotenorganisation verhilten muß.

Bis heute haben wir noch nichts gehört, daß selbst die Berliner Dienstbotenorganisation den Gesindevertrag angenommen hätte, sondern aus den Versammlungsberichten geht nur hervor, daß der Vertrag propagiert werden soll. Nun, Propaganda und Durchführung dieses Gesindevertrags sind eben nicht miteinander zu vergleichen, und aus diesem Grunde bleibt eben die Nürnberger Dienstbotenorganisation bei ihrem Beschluß, Ablehnung des in der Nr. 21 der „Gleichheit“ veröffentlichten Gesindevertrags.

Arbeiten wir in allen Städten erst an der Aufrüttelung der Dienstmädchen, agitieren wir und organisieren wir die gesamten Dienenden, damit wir eine geschulte, feststehende Schaar der Dienstmädchen hinter uns haben, die selbstbewußt hinter den Forderungen stehen und selber dafür eintreten.

Arbeiten wir im Sinne der Mannheimer Resolution, so werden wir auch in der Lage sein, in absehbarer Zeit die Freude zu erleben, daß Forderungen, die von den Dienstbotenvereinen aufgestellt wurden, von den Mädchen selbst diskutiert, selbst propagiert werden, und daß die Mädchen auch hinter diesen Forderungen stehen und dafür eintreten. Sind die Mädchen so weit, dann haben wir aus den heutigen Slavinnen freie Menschenkinder gemacht, die voller Mut und Selbstbewußtsein, voller Hingabe an den Zielen ihrer Organisation mitarbeiten und nicht eher ruhen und rasten werden, bis sich auch für die Dienenden ein schöneres, besseres, ein von der allgemeinen Arbeiterschaft so sehr erhofftes Dasein einführen läßt.

Nürnberg.

Helene Grünberg.

Zur „Nachschrift der Redaktion“ in letzter Nummer der „Gleichheit“ möchte ich mir ein paar Worte erlauben. Nach der Meinung der Redaktion wäre der Stadthagensche Vertrag von der Nürnberger Organisation nicht richtig gewertet worden. Dem möchte ich widersprechen. Ich sagte mir bei Veröffentlichung des Vertrags, der Vertrag wäre ja ganz gut und ganz schön, und ich wünschte nur im Interesse der Gesamtzahl der Dienenden, daß er einst in Kraft treten könne, aber den Vertrag den Herrschaften jetzt vorlegen, das hieße „mit der Tür ins Haus fallen“. Überhaupt „mit Vertrag vorlegen“ hat es noch gute Weile. Denn erstens muß meinen Kolleginnen zunächst beigebracht werden, daß sie nicht bloß Pflichten, sondern auch Rechte haben. Erst müssen sie ausgerüttelt und sich bewußt werden, daß sie nicht bloß die Pflicht haben, sechs Tage zu arbeiten, sondern daß sie auch das Recht haben, über ihren freien Sonntagnachmittag nach Belieben zu verfügen. Leider muß ich sagen, daß der überaus große Teil meiner Kolleginnen von diesem ihrem Rechte anscheinend keine Ahnung hat. Die meisten fühlen sich zu sehr als Slavinnen, und es ist noch sehr schwer, sie zu überzeugen, daß die sogenannte „gute alte Zeit“ denn doch vorüber ist. Und um hier in Nürnberg unseren Mädchen Selbstbewußtsein beizubringen, gibt sich ja unsere verehrte erste Vorsitzende die denkbar größte Mühe, die dank ihrer leichtverständlichen Vortragsweise auch Erfolge zeitigt. Zweitens haben wir noch einen gewissen Hochmutsdünkel unter den Kolleginnen zu bekämpfen. Der größte Teil der Mädchen lebt in dem Wahn, eine bessere Sorte von Dienstboten zu sein und es deshalb nicht nötig zu haben, dem Verein beizutreten. Darum: haben wir die Mädchen einmal so weit, daß sie diese slavische Furcht und diesen gewiß nicht berechtigten Dünkel zu Hause lassen, haben wir sie so weit, daß sie möglichst regelmäßig die Versammlungen besuchen und eifrig ihre „Gleichheit“ lesen, dann wird es Licht in den Köpfen. Eine wird die andere aufklären, und Hand in Hand geht es dann vorwärts. Und ich denke, diese Bestrebungen zu fördern, müßte die Sache einer jeden sein, zumal es nicht nur von Nutzen für die Mädchen wäre, sondern auch im Interesse der Herrschaften liegt. Ich habe noch jederzeit bemerkt, daß ein aufgewecktes helles Mädchen jederzeit von den Herrschaften mehr respektiert und mehr geschätzt wird als so ein „Nachtlicht“, das sich in jede beliebige Ecke schieben läßt. Ich hoffe und wünsche, daß unsere junge Bewegung bald zum Nutzen der Mädchen in jeder Beziehung vorwärts kommt, so daß wir den Vertrag, wenn auch nicht so, wie er jetzt ist, sondern geändert in nicht zu fernher Zeit annehmen können. Die Aufklärung und der Zusammenschluß vieler ist die Vorbedingung dafür. Das sollte jedes Mädchen bedenken, das sich mit Recht nach besseren Zuständen sehnt. Auch für unsere Sache trifft das schöne Wort Schillers zu, das ich meinen Kolleginnen zur Beherzigung zurufe: „Nimmer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schliesst an ein Ganzes dich an.“

Ein Mitglied des Nürnberger Vereins.

#### Der Erwiderung zur Antwort.

Die beiden Erwiderungen auf unsere kurze Nachschrift in letzter Nummer lassen augenfällig eins hervortreten. Sowohl die Nachschrift wie die ihr zugrunde liegende Sache selbst ist in Nürnberg mißverstanden worden. Wir könnten uns daher damit begnügen, das Mißverständene richtigzustellen, wenn nicht einige Ausführungen Genossin Grünbergs zum Protest nötig wären.

Genossin Grünberg findet es offenbar nicht in der Ordnung, daß die Redaktion der „Gleichheit“ sich die Freiheit erlaubt, zu antworten. Sie will jedoch nachsichtig den Mantel christlicher Liebe über unsere Verfehlung decken und die Frage nicht aufwerfen, „ob es der Redaktion der „Gleichheit“ zukommt, auf die internen Fragen einer Organisation in dieser Weise einzugehen.“ — Die Auffassung, welche diese Sätze bekunden, weisen wir mit allem Nachdruck zurück. Genossin Grünberg scheint die Aufgaben einer Redaktion mit den Verpflichtungen eines Briefträgers zu verwechseln, der die einlaufenden Zuschriften an die Drucker zu befördern hat. Die „Gleichheit“ ist bekanntlich das geistig führende und schulende Organ der Genossinnen. In der Folge hat die Redaktion nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, Stellung zu nehmen zu allen Fragen, welche die prinzipielle Auffassung oder die praktische Betätigung der Genossinnen betreffen. Und dieser ihrer Pflicht hat sie mit der Nachschrift genügt. Denn tatsächlich handelt es sich bei der strittigen Angelegenheit nicht „um die internen Fragen einer Organisation“, das will besagen, des Nürnberger Dienstbotenvereins, sondern um eine von den Berliner Genossinnen angeregte Aktion, die sich nicht bloß auf Berlin und Nürnberg beschränkt, sondern über ganz Deutschland erstrecken soll. So unbestreitbar und von uns unbestritten es das alte Recht des Nürnberger Dienstbotenvereins ist

die empfohlene Aktion abzulehnen, so unbestreitbar ist es auch das Recht jeder Genossin — mithin auch der Genossin, welche die Redaktion der „Gleichheit“ führt — sich mit dem Beschlusse der Nürnberger Organisation zu beschäftigen und ihrer Meinung darüber Ausdruck zu verleihen. Dieses Recht ist um so unbestreitbarer, als die Nürnberger Organisation selbst mit dem Beschlusse in die Öffentlichkeit getreten und ihn damit auch der öffentlichen Kritik ausgesetzt hat. Fragen, die als interne behandelt werden sollen, hängt man nicht an die große Glocke, und es hat in dem Bericht keine Zeile auch nur darauf hingedeutet, daß der Vereinsbeschlusse als eine „interne“ Frage aufgefaßt und behandelt werden will, an die zu rühren Majestätsbeleidigung sei. Dazu kommt noch, daß der Beschlusse durchaus nicht mit dem Hinweis auf die besonderen Verhältnisse begründet worden ist, die den Vertrag für Nürnberg als unannehmbar erscheinen lassen mögen, sondern mit allgemeinen Argumenten, die sich gegen den Vertrag überhaupt wenden. Da war es denn angefangen der Sachlage nötig, diese allgemein gehaltenen Gründe kritisch zu prüfen. Diese Prüfung schließt keinen Vorwurf gegen den Nürnberger Verein in sich, wohl aber die Mahnung an die Genossinnen in anderen Städten, selbst Gründe und Gegenstände abzuwägen und nicht blind dem von Nürnberg gegebenen Beispiel zu folgen.

Genossin Grünberg erklärt sich ein prinzipielles Eintreten für den Vertrag nicht aus den sachlichen Gründen, die wir in letzter Nummer geltend gemacht, sondern aus tiefer Unwissenheit, welche die deutsche Dienstbotenbewegung mit der russischen Revolution verwechselt. Wir sind ihr äußerst dankbar dafür, daß sie als ebenso berufene Sachkennerin der russischen Revolution wie der Dienstbotenfrage uns mit herablassendem Lächeln darüber belehrt, daß das verschiedene Dinge seien. Doch können wir uns mit der gebührenden Bescheidenheit versichern, daß wir nicht einmal in den tiefsten Tiefen unseres Unverständnisses der uns angebotenen Konfusion fähig gewesen wären oder auch — der Beschamlosigkeit, die russische Revolution zu einem gequälten „Wischen“ zu mißbrauchen, wenn uns die Gründe fehlen.

Was Genossin Grünberg zur Sache selbst sagt, ist im wesentlichen nur eine eingehendere Darstellung der Gründe für den Beschlusse, die bereits in letzter Nummer mitgeteilt worden sind. Diese Darstellung ist uns insofern wertvoll, als sie helles Licht auf die mißverständliche Auffassung wirft, die betreffs der Stellungnahme zu dem Vertrag in Nürnberg und vielleicht auch an anderen Orten herrscht. Uns scheint eine diesbezügliche Klärung vor allem geboten.

Es ist selbstverständlich, daß es sich bei der Stellungnahme der Dienstbotenvereine zu dem Stadthagenschen Vertrag zunächst vor allem um eine prinzipielle Zustimmung handelt. Es begreift sich daher weiter, daß der Vertrag nur in seinen großen wesentlichen Zügen übernommen werden kann, daß er dagegen in Einzelheiten vielfach den lokalen Verhältnissen entsprechend umgeändert werden muß. Die nötigen Abänderungen vorzunehmen, ist Sache der Organisation. Die Organisation empfiehlt ihren Mitgliedern, ihr Dienstverhältnis auf Grund des Vertrags einzugehen, aber sie verpflichtet, sie zwingt sie nicht dazu. Sie rät ihnen, vor Annahme einer Stellung den Vertrag den Herrschaften vorzulegen und durch Verhandlungen so viel Zugeständnisse als möglich in der Richtung der Hauptforderungen herauszuschlagen. Inwieweit die Organisation darüber hinausgehen kann, das hängt natürlich von der Macht ab, die sie repräsentiert, von der Zahl und der Reife ihrer Mitglieder und anderen Faktoren noch. Um es kurz zu sagen: der Vertrag soll zunächst im allgemeinen nicht Kampfesobjekt für die Dienstbotenorganisation sein, sondern vor allem Mittel zur Sammlung, Aufklärung und Schulung der Dienstboten, Mittel zu dem Zwecke, sie zu befähigen, ihre Rechte den Herrschaften gegenüber vertreten zu lernen. Was er in dieser Beziehung zu leisten vermag — abgesehen von dem, was er praktisch zur Besserung des Dienstbotenlohes tun kann —, werden wir in nächster Nummer darlegen. Die Genossinnen mögen dann urteilen, ob die gegen den Vertrag geäußerten sachlichen Bedenken zutreffend sind.

Wir wissen uns mit der kurz skizzierten Auffassung in Übereinstimmung mit den Genossinnen, die sich in Berlin und anderwärts angelegen sein lassen, eine Dienstbotenbewegung in Fluß zu bringen. Eine mißverständliche Auffassung der Anregung unserer Berliner Genossinnen schien uns so völlig ausgeschlossen, daß wir glaubten, bei der Veröffentlichung des Vertrags auf ein Kommentar verzichten zu können. Wir haben uns mit dieser Annahme getäuscht.

Wir sind Genossin Grünberg dankbar dafür, mit ihrer Polemik angeregt zu haben, daß nachgeholt wird, was veräußert worden ist, bedauern aber, daß ihre Anregung nicht früher und in anderer Form erfolgt ist. Eine rechtzeitig erfolgte Anfrage hätte die nötige Klärung gebracht und eine polemische Auseinandersetzung vermieden.

Die Redaktion der „Gleichheit“.

#### Frauenstimmrecht.

Für das Frauenstimmrecht trat im österreichischen Abgeordnetenhaus bei der zweiten Lesung der Wahlreform Genosse Adler ein. Er sagte: „Wir haben nun ein allgemeines Wahlrecht. Aber können wir das ein allgemeines Wahlrecht nennen, solange die Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen bleibt? Wir verfechten mit allem Ernst und allem Nachdruck das Recht der Frau auf politische Vertretung (Beifall), auch wenn wir wissen, daß Österreich noch nicht so weit ist, daß Aussicht wäre, daß dieses Recht Anerkennung findet. Wir verfechten dieses Recht durchaus nicht im Sinne jener Herren, die es wieder bloß für einzelne privilegierte Schichten in Anspruch nehmen, bloß für die so-

genannten erwerbenden Frauen, womit nur gewisse Berufe gemeint sind, während sie der breiten Schichten des arbeitenden weiblichen Proletariats, die in derselben Mühsal und mit vermehrten Opfern und Schwierigkeiten im Dienste der Arbeit stehen, die mehr als die Männer ausgebeutet werden und denen mehr Lasten obliegen als den Männern, vollständig vergessen. Solange nicht die Frauen das Wahlrecht haben, besteht kein allgemeines Wahlrecht, und wir werden niemals aufhören, für das Frauenwahlrecht einzutreten. Wir glauben sogar, daß die Bedingungen dafür erst geschaffen sein werden, wenn das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Männer erst verwirklicht ist.“ Diese Ausführungen fanden bei den Sozialdemokraten lebhafteste Zustimmung.

Der Kampf um das Frauenstimmrecht in England geht weiter. Die Eröffnung der Herbstsession des Parlamentes wurde zu einer neuerlichen Demonstration im Parlamentsgebäude benutzt. Etwa 30 Frauen erschienen in den Wandelgängen des Unterhauses, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Forderung des Frauenstimmrechtes zu lenken. Die Polizei verhinderte, daß sie in den Sitzungssaal eindringen. Nun stiegen Frau Montefiore und Fraulein Gawthorpe auf eine der Bänke in den Wandelhallen und begannen Reden für das Frauenstimmrecht zu halten. Die übrigen Frauen hielten Wache, so daß die Polizei nicht so leicht an die Rednerinnen heran konnte. Als diese doch von den „Armen des Gesetzes“ von ihrer Tribüne heruntergerissen wurden, folgten ihnen, wie verabredet, sofort andere Rednerinnen, die ebenfalls bald ihr Schicksal teilten. Schließlich wurden die demonstrierenden Frauen aus den Wandelgängen vertrieben und zehn von ihnen wegen Beschimpfungen und Bedrohungen der Polizei festgenommen; die 72jährige Frau Despard folgte ihnen freiwillig. Sie hatte zu den Führerinnen der Demonstration gehört, die Polizei hatte aber nicht das Odium auf sich laden wollen, die Greisin zu verhaften, die Schwester eines Generals ist und seit vielen Jahren sich sozialer und philanthropischer Tätigkeit widmet. Mit Absicht hatten sich mehrere bürgerlich hochangesehene Frauen energisch an der Demonstration beteiligt. So außer Frau Despard Frau Cobden-Ansoin, eine Tochter Richard Cobdens, des berühmten Vorkämpfers für den Freihandel, Frau Martyn, eine Diplomatin der Londoner Universität usw. Außer Genossin Montefiore nahmen auch die Genossinnen Kenney, Textilarbeiterin, und Willington, Lehrerin, an der Demonstration teil. Der Polizeirichter ließ den vorgeführten Frauen die Wahl zwischen dem bindenden Versprechen, sechs Monate Frieden zu halten oder je 10 Pfund Sterling, gleich 200 Mk. Strafe zu zahlen. Da die Angeklagten diese Alternative ablehnten und gegen die Rechtsprechung überhaupt protestierten, wurden sie zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Für zwei der Verurteilten Frau Montefiore und Frau Bethwill-Lawrence, hat die Organisation, der sie angehören, die Strafe gezahlt. Es ist dies die „Women's Social and Political Union“. Die übrigen „Missetäterinnen“ haben dank einer Interpellation im Parlament Vergünstigungen betreffs der Verköstigung und Gefängnisarbeit erhalten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Auftreten und die Verurteilung der Frauen die öffentliche Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf das Frauenstimmrecht gelenkt haben.

Adresse der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands:

Otilie Baader,

Berlin SW., Lindenstr. 3, letzter Hof parterre.

Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Stuttgart.

Soeben ist erschienen:

## Für unsere Kinder

Weihnachtbuch der Gleichheit

Herausgegeben von Klara Jettin (Zundel)

Preis kartoniert M. 1.—

Bereine, die eine größere Anzahl Exemplare bestellen, erhalten einen Vorzugspreis.

Das Weihnachtbuch der Gleichheit besteht aus den beiden Jahrgängen 1905 und 1906 der Beilage der Gleichheit „Für unsere Kinder“.

Die Ausgabe ist erfolgt auf Grund vielfach geäußelter Wünsche aus den Reihen proletarischer Frauen. Wir sind überzeugt, daß der reiche Inhalt des Buches den Kindern unserer Proletarier eine nie versiegende Quelle der Unterhaltung und Belehrung bieten dürfte.

Auf die Ausstattung, Papier, Druck usw., ist große Sorgfalt verwendet worden, ebenso auf einen guten dauerhaften Einband. Bei Feststellung des Preises wurde dagegen weitestehende Rücksicht genommen auf den Geldbeutel der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wir machen hiermit einen erneuten Versuch auf dem Gebiete der Jugendliteratur. Möge der Versuch das Interesse unserer Genossen und Genossinnen erregen. Ein Erfolg würde uns den Mut geben, auf diesem Gebiete immer Vollkommeneres zu erstreben.

Damit mag das Weihnachtbuch der Gleichheit in die Welt hinausgehen und groß und klein erfreuen.

Stuttgart, November 1906.

Der Verlag der Gleichheit.

## Jener Tag.

Von Ida Negri.\*

An jenem Tag wird unter Himmelklüften ein fröhlich Sprossen auf der Erde sein, und Weißdornblüten stehn in süßen Düften.

Und jede Schwelle wird von Olbaumzweigen umkränzt sein, wie zum Schuh fürs holde Haus, wo Liebe segnen wird des Lebens Reigen.

Und jede Mutter darf ihr Kindchen säugen in Fried' und Fröhlichkeit, und gibt die Kraft des roten Mutterblutes ihm zu eigen;

sie wird dem starken Jüngling, der das Leben ihr dankt, mit reinem, unverdorbnem Sinn ein undurchbringlich Panzerhemde weben

mit Worten, die die Lippen einst mit Veten in Läten wiederholen, wo man stirbt, wo Mutterang' und -antlitz vor uns treten.

Und keine Frau muß sich mehr zwingen lassen durch das Geseß mühsel'ger Fronarbeit das Haus, der Kinder Wiege zu verlassen.

Zur Öbtin reinen Tempels auferkoren, führt frei zum Licht den Helben sie empor, aus ihrem Fleisch und ihrem Geist geboren.

Und Brüder sind sie alle dann im Herzen durch diese Religion vom Mutterstoh, der sie für Sonn' und Sturm erschuf mit Schmerzen;

im Traum, beim Schaffen und beim Ernten, Brüder, im Namen jener, die in aller Welt, in jeder Sprache, jetzt und immer wieder

mit gleichem zärtlich, liebevollem Ton und frommem Blick, das Herz von Tränen schwer, vergehend, liebend flüstert: O, mein Sohn! . . .

## Der Kohlenwagen.

Von Ludwig Thoma.\*\*

Ein großes, schwer beladenes Kohlenfuhrwerk fuhr auf dem Tramwageleise, als eben ein Wagen der elektrischen Straßenbahn daher kam.

Der Kutscher des Kohlenfuhrwerks sagte: „Wäst, ahö, wüßt“, und fuhr so langsam aus dem Geleise, als wäre die elektrische Bahn nur eine Straßenwalze.

Er bewerkstelligte auch, daß er gerade noch mit dem hinteren Rade an den Wagen stieß. Das Rad brach und der Kohlenwagen senkte sich trachend mitten in das Geleise. „Du Kammel, du g'scheerter, kammst net nausfahren?“ schrie der Kondukteur.

„Jetzt nimma, du Kindviech!“ antwortete der Kutscher. Und er hatte ganz recht, denn eine Kohlenfracht kann man nicht auf drei Rädern wegbringen.

Der Kondukteur legte dem Fuhrmann noch einige Fragen vor. Ob er glaube, daß er das nächste Mal aufpassen wolle; ob er vielleicht nicht aufpassen wolle und ob noch ein solcher dummer Kerl Fuhrmann sei.

Dies alles brachte den Kutscher nicht aus seiner Ruhe.

Er stieg ab und stellte fest, daß das Rad vollständig kaputt sei. Und da er in Folge dieser Tatsache die Meinung gewann, daß sein Aufenthalt von längerer Dauer sein werde, zog er die Tabakpfeife aus der Tasche und begann zu rauchen.

Erst jetzt faßte er den Kondukteur näher ins Auge, und als er ihn genug beäugt hatte, erklärte er dem sich ansammelnden Publikum, daß er nicht aufpasse, weder auf die Tramway, noch auf den Kondukteur.

Und dann lud er die Aktiengesellschaft sowie deren sämtliche Bedienstete zu einer intimen Würdigung seiner Rückseite ein.

In diesem Augenblick drängte sich ein Schutzmann durch die Menge und stellte sich vor den Wagen hin.

„Was gib't's da? Was ist hier los?“ fragte er.

„A hinter's Radl is los“, sagte der Kutscher.

„So? Das wer'n wir gleich haben“, erwiderte der Schutzmann, und ich glaube, daß er ein Mittel angeben wolle, wie man umgestürzten Wagen am schnellsten auf die Räder hilft.

Der Schutzmann zog ein dickes Buch aus der Brusttasche, öffnete es und nahm einen Bleistift heraus, der an dem Deckel steckte.

Während er ihn spitzte, kam wieder ein elektrischer Wagen angefahren. Der Lenker desselben machte großen Värm, als er nicht vorwärts konnte, und der Schaffner blies heftig in sein silbernes Pfeifen.

„Was ist denn das für ein unverschämtes Geseiß? Wollen S' vielleicht aufhören zu seifen?“ fragte der Schutzmann und blickte den Schaffner durchdringend an, während er den Bleistift mit der Zunge naß machte.

„So,“ sagte er dann, indem er sich wieder zu dem Kutscher wandte, „jetzt sagen Sie mir, wie Sie heißen tun.“

„Matthias Röchelbacher.“

„Mat—thi—ä—s Rü—chel—bacher. Wo tun Sie geboren sein?“

„Dan?“

„Wo Sie geboren sein tun?“

„I' Lauterbach.“

„So? In Lau—ter—bach. Glauben S' vielleicht, es gibt bloß ein Lauterbach? Wollen S' vielleicht sagen, wo das Höst ist? Tun S' ein bißel genauer sein, Sie!“

Inzwischen hatte sich die Menge, welche den Wagen umstand, immer mehr vergrößert.

Ein Herr in der vordersten Reihe untersuchte mit sachverständiger Miene den Schaden. Er bückte sich und sah den Wagen von unten an; da ging er vor und faßte die lange Seite scharf ins Auge, und dann bückte er sich wieder und klopfte mit seinem Stocke auf die drei ganzen Räder. Und dann sagte er, es sei bloß eines kaputt, und wenn es wieder ganz wäre, könne man sofort wegfahren.

Die Umstehenden gaben ihm recht. Ein Arbeiter sagte, man müsse versuchen, ob man den Wagen nicht wegziehen könne. Er spuckte in die Hände und stellte sich an das hintere Ende des Wagens. Dann sagte er: „Oh ruck! oh ruck!“ und schüttelte den Wagen, und spuckte immer wieder in seine Hände, bis ihn die Schutzleute zurücktrieben. Diese entwickelten jetzt eine große Tätigkeit. Sie gaben acht, daß die Zuschauer sich anständig benahmen und in einer geraden Linie standen. Das war nicht leicht. Wenn sie oben fertig waren, drängten unten die Neugierigen wieder vor, und deshalb liefen sie hin und her und wurden ganz atemlos dabei.

Noch dazu mußten sie acht geben, daß jeder Schutzmann, der hinzukam, seinen Platz erhielt, wenn ein Vorgesetzter erschien, mußten sie ihm alles erzählen, und wenn ein neuer Tramwaywagen daherkam, mußten sie dem Kondukteur einschärfen, daß er nicht durch die anderen Wagen durchfahren dürfe.

Ich weiß nicht, wie die Sache ausgegangen ist, weil ich nach zwei Stunden zum Abendessen gehen mußte. Aber ich las am nächsten Tage mit Befriedigung in den Blättern, daß der Polizeidirektor, der Minister des Innern und unsere zwei Bürgermeister am Plage erschienen waren.

## Ein gutes Gewissen.

Von Alexander L. Kielland.

(Schluß.)

„Advokat Abel!“ — rief sie dem Kutscher zu; der fette Herr zog den Hut mit einem mehligem Lächeln und der Wagen rollte fort.

Je weiter sie sich aus dem armseligen Stadtteil entfernten, je ruhiger wurden die Bewegungen des Wagens und desto schneller ging die Fahrt. Und als sie auf den breiten, mit Bäumen bepflanzten Weg hinausamen, der durch das Villenquartier führt, schlürften die Fetten mit Wohlbehagen die reine, feine Luft ein, die aus den Gärten wehte, und der Unerbittliche ließ ohne irgend welche dringende Notwendigkeit drei wahre Prachtpeitschenknalle ertönen.

Auch Frau Warden empfand, wie wohl es ihr tat, wieder hinaus in die frische Luft zu kommen. Was sie erlebt hatte, und noch mehr das, was sie vom Armenvorfteher gehört, hatte sich wie betäubend über sie gelegt. Sie begann sich selbst den unermeßlichen Abstand klar zu machen, der zwischen ihr und jenen Menschen lag.

Es war ihr oft allzuschwer, ja fast zu hart vorgekommen, dieses Wort: Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt.

Jetzt begriff sie, daß es so sein mußte.

Wie sollten denn Menschen — in so hohem Grade verworfene Menschen sich zu einer moralischen Höhe emporheben, auf welcher sich nur einige wenige zu behaupten vermöchten! Wie mußte es in dem Gewissen jener Elenden aussehen! — und wie sollten sie wohl den vielen Versuchungen des Lebens widerstehen können!

Sie selbst wußte, was Versuchung war! — hatte sie nicht gegen eine zu kämpfen — vielleicht gegen die gefährlichste von allen! — gegen den Reichtum, von dem so harte Worte geschrieben stehen.

Ein Schauder erfaßte sie bei dem Gedanken, was daraus werden würde, wenn dieses Tier von einem Manne und diese elenden Weiber plötzlich Reichtum in die Hände bekämen.

Gewiß, der Reichtum war keine geringe Prüfung. Erst vorgestern hatte ihr Mann sie in Versuchung geführt. Er wollte ihr einen prächtigen kleinen Diener, einen wirklichen englischen Groom aufdrängen. Aber sie hatte widerstanden und geantwortet:

„Nein, Warden! — es ist nicht recht. Ich will keinen Diener auf dem Boß haben. Vielleicht sind wir reich genug dazu, aber hüten wir uns vor dem Übermut. Ich

kann ja Gott sei Dank ohne Hilfe ein- und aussteigen, und der Kutscher braucht meinerwegen auch nicht abzusteigen.“

Es tat ihr wohl, jetzt daran zu denken, und ihre Augen ruhten mit Wohlbehagen auf dem leeren Plage neben dem Unerbittlichen.

Frau Abel, die umherging und den „Basar“ und die Stoffproben von dem großen Tische räumte, war sehr überrascht, ihre Freundin schon so schnell wiederzusehen.

„Nun, Emilie, bist du schon zurück! Ich habe der Näherin soeben gesagt, daß sie wieder gehen könne. Was du mir vorhin erzähltest, hat mir vollständig die Lust an dem neuen Kleide benommen; ich kann mich auch ohne daselbe behelfen,“ — sagte die gute kleine Frau Abel; aber ihre Lippen zitterten ein wenig, während sie sprach.

„Jeder muß ja nach seinem Gewissen handeln,“ entgegnete Frau Warden leise, „aber ich glaube, daß man auch zu skrupulös sein kann.“

Frau Abel blickte auf. Das hatte sie nicht erwartet.

„Ja, laß dir nur erzählen, was ich erlebt habe,“ sagte Frau Warden und begann zu erzählen.

Sie schilderte den ersten Eindruck des dumpfigen Zimmers und die verkommenen Menschen. Dann sprach sie von dem Diebstahl des Portemonnaies.

„Ja, mein Mann behauptet immer, daß diese Art Menschen das Stehlen nicht lassen können,“ sagte Frau Abel.

„Ich fürchte, daß dein Mann mehr Recht hat, als wir glauben,“ entgegnete Frau Warden.

Dann erzählte sie von dem Armenvorfteher und von der Undankbarkeit, welche diese Menschen ihm gegenüber an den Tag gelegt hatten, der doch täglich für sie sorgte. Aber als sie zu dem kam, was sie von der Vergangenheit der armen Frau gehört hatte, und noch mehr, als sie von der jungen Dirne erzählte, — da wurde der guten Frau Abel so unwohl, daß sie dem Dienstmädchen befehlen mußte, Portwein zu bringen.

Als die geschliffene Weinkaraffe mit den Gläsern hereingebracht wurde, flüsterte Frau Abel dem Mädchen zu: „Laß die Schneiderin warten.“

„Und nun kannst du dir vorstellen,“ fuhr Frau Warden fort, — „ja, es ist kaum möglich zu erzählen“ — und sie flüsterte.

„Was sagst du! — in einem Bette? — alle zusammen! — aber das ist ja empörend!“ — rief Frau Abel und schlug die Hände entsetzt zusammen.

„Ja — vor einer Stunde würde auch ich so etwas nicht für möglich gehalten haben,“ antwortete Frau Warden, „aber wenn man selbst zur Stelle gewesen ist und sich persönlich vergewissert hat —“

„Gott! — daß du dich dort hinaus gewagt hast — Emilie!“

„Ich bin froh, daß ich es getan habe, und noch mehr muß ich die glückliche Schickung preisen, daß der Armenvorfteher gerade zu rechter Zeit kam. Denn ebenso erhebend wie es ist, der tugendhaften Armut zu helfen, die in all ihrer Not und Dürftigkeit rein und zufrieden lebt — ebenso empörend wäre es gewesen, wenn ich dazu beigetragen hätte, die bösen Neigungen solcher Menschen zu unterstützen.“

„Ja, du hast recht — Emilie — ich kann nur nicht begreifen, wie Menschen in einem christlichen Staate — getaufte, konfirmierte Menschen — so werden können! Sie haben ja täglich — oder doch wenigstens an jedem Sonntag Gelegenheit, kräftige, eindringliche Predigten zu hören; und eine Bibel soll doch — nach allem, was ich gehört habe — für einen ganz geringen Preis zu haben sein.“

„Ja — und wenn wir dann bedenken,“ fügte Frau Warden hinzu, „daß nicht einmal die Heiden, — die ohne alle diese Güter sind — daß nicht einmal die eine Entschuldigung haben; — denn sie haben ja ihr Gewissen —“

„Und dieses spricht doch wahrlich laut genug für jeden, der hören will!“ — fiel Frau Abel mit Kraft ein.

„Ja — das weiß Gott, das tut es,“ antwortete Frau Warden und sah mit ernstem Lächeln vor sich hin.

Als die Freundinnen sich trennten, umarmten sie einander herzlich.

Frau Warden legte die Hand auf den Elfenbeingriff des Wagenschlages, stieg ein und zog die lange Schleppe nach sich. Darauf schloß sie die Wagentür — nicht mit einem Knall, sondern langsam und fürsorglich.

„Zu Madame Labiche!“ rief sie dem Kutscher zu, und in demselben Augenblick wandte sie sich gegen die Freundin, die sie bis an die Gartentür begleitet hatte, und sagte mit ruhigem Lächeln: „Jetzt kann ich doch, Gott sei Dank, mit gutem Gewissen mein seidenes Kleid bestellen.“

„Ja, das kannst du, weiß Gott!“ — entgegnete Frau Abel und blickte ihr mit tränenden Augen nach.

Darauf eilte sie ins Haus.

\* Aus „Mutterchaft“, ins Deutsche übertragen von Hedwig Zahn. F. Fontane & Co. Berlin 1905.

\*\* Aus „Affessor Karlichen und andere Geschichten“. Albert Langen Verlag für Literatur und Kunst. München 1905.